

50X1-HUM

FORM NO. 51-61A
REV 1948

CLASSIFICATION

FREE

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 26 April 1949

SUBJECT Summary of German Radio and Press Reports

NO. OF PAGES

PLACE
ACQUIREDNO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)DATE OF INFO
ACQUIREDSUPPLEMENT TO
REPORT NO.

50X1-HUM

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U.S.C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOWEVER, INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

*Documentary

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH
USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

50X1-HUM

The attached summaries of German radio and press reports are being
sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

50X1-HUM

CLASSIFICATION

FREE

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION							
ARMY	AIR	ORE	X							

No. 66

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 24. März 1949

Frankfurt a.O.: Weitere 4 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen heute im Lager Cronenhfelde ein. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Reichsbahn genügend Züge bereit gestellt, so daß die Weiterleitung reibungslos erfolgen kann. - Gestern trafen 800 Heimkehrer aus Polen ein. Sie wurden von Frankfurt nach Pirna weitergeleitet. Nach einer 14-tägigen Quarantänezeit werden sie in ihre Heimatorte entlassen.

Wittenberge: Die Frage der besseren Versorgung der ostzonalen Landwirtschaft mit Düngemitteln steht im Mittelpunkt einer Düngemittelkonferenz, die in einem Chemiewerk in Piesteritz abgehalten wird, an der Bauern-Aktivist, Vertreter der politischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen teilnehmen. Im Verlaufe der Konferenz soll erörtert werden, wie die Leistung nicht nur gesteigert, sondern wie sie normalisiert werden kann, so daß sie stabil bleibt. REITERSLEBEN leitete sein Referat mit einem Überblick über die wirtschaftlichen Veränderungen in der Ostzone ein. Die Einführung der Bodenreform habe die Landwirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt. Im Anschluß daran erklärte ein Sprecher des FDGB, die Aufgabe der Düngemittelarbeiter sei es, mehr Düngemittel zu produzieren. Er forderte die Bauern auf, den Zwischenfruchtanbau zu fördern. - Die Diskussionen zu den einzelnen Fachreferaten brachten wertvolle Richtlinien und Anregungen für die zukünftige Arbeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die geplante Errichtung eines Gipsschwefelsäurewerkes von großem Gewinn sei. - Es wurde geäußert, daß die Frage der Einheit Deutschlands sofort verwirklicht werden könnte, wenn die westdeutschen Politiker den Vorschlag des Deutschen Volksrates, zu einer Konferenz in Braunschweig zusammenzukommen, annehmen. Dieser Vorschlag sei zugleich ein Beitrag für den Weltfriedenskongreß.

Dresden: In zahlreichen Betrieben geben die Werktätigen ihre Zustimmung zu der Bereitschaft des Deutschen Volksrates, mit den parlamentarischen Körperschaften gemeinsam über die Verhinderung des nationalen Notstandes zu beraten. Das Sehnen nach der Einheit des Vaterlandes habe eine breite Masse des deutschen Volkes erfaßt, welche die Verwirklichung des Wunsches anstreben. Trotz aller Hindernisse glaube man fest daran, daß der Deutsche Volksrat in der Lage sei, die Einheit Deutschlands zu realisieren. Die Ablehnung der Einladung durch die westdeutschen Körperschaften würde ein nicht wieder gut zu machender Schaden sein. -

Der Vorschlag, zur gemeinsamen Besprechung in Braunschweig zusammenzukommen, fand auch in weiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit ein starkes Echo. Die Anregung begegnet gerade in den Kreisen der Werktätigen starke Sympathie und Zustimmung, die in immer zahlreicheren Entschlüssen von Betriebsdelegationen zum Ausdruck kommt. - Auch die Hamburger Gruppe der Oppositions-SPD begrüßt die Initiative des Deutschen Volksrates. Es wäre die Pflicht aller westdeutschen Politiker, an der Konferenz in Braunschweig teilzunehmen.

Oldenburg: Ein norddeutsches Blatt schreibt: Die Politiker der Ostzone sind mit der Schaffung einer Verfassung dem Bonner Parlamentarischen Rat zuvor gekommen. Die 144 Artikel der gebilligten Verfassung würden sowohl den Worten als auch dem Geiste nach das besagen, was man sich von der Bonner Verfassung erhoffte.

Berlin: Ihre ganze Kraft zur Sicherung des Weltfriedens einzusetzen, brachten Vertreter der IG Nahrung und Genussmittel und der Landesverbände auf einer Versammlung zum Ausdruck. Im Namen von 265 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaft wurde das Initiativ-Komitee zum Weltfriedenskongreß begrüßt.

Leipzig: Auf einer Versammlung wurde geäußert, daß der Abschluß des Atlantikpaktes ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur Zerreißung der Welt sei. Die Versammelten begrüßten den Aufruf zur internationalen Friedenskonferenz und forderten alle friedliebenden Menschen auf, sich anzuschließen. Von ihrer Haltung werde es abhängen, ob der Frieden erhalten bleibe oder die Welt in einen neuen Krieg gestürzt werde.

REGISTRY COPY

F R E E

No. 66

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 24. März 1949

Frankfurt a.O.: Weitere 4 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen heute im Lager Cronenfelde ein. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Reichsbahn genügend Züge bereit gestellt, so daß die Weiterleitung reibungslos erfolgen kann. - Gestern trafen 800 Heimkehrer aus Polen ein. Sie wurden von Frankfurt nach Pirna weitergeleitet. Nach einer 14-tägigen Quarantänezeit werden sie in ihre Heimatorte entlassen.

Wittenberge: Die Frage der besseren Versorgung der ostzonalen Landwirtschaft mit Düngemitteln steht im Mittelpunkt einer Düngemittelkonferenz, die in einem Chemiewerk in Piesteritz abgehalten wird, an der Bauern-Aktivistin, Vertreter der politischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen teilnehmen. Im Verlaufe der Konferenz soll erörtert werden, wie die Leistung nicht nur gesteigert, sondern wie sie normalisiert werden kann, so daß sie stabil bleibt. REITERSLEBEN leitete sein Referat mit einem Überblick über die wirtschaftlichen Veränderungen in der Ostzone ein. Die Einführung der Bodenreform habe die Landwirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt. Im Anschluß daran erklärte ein Sprecher des FDGB, die Aufgabe der Düngemittelarbeiter sei es, mehr Düngemittel zu produzieren. Er forderte die Bauern auf, den Zwischenfruchtanbau zu fördern. - Die Diskussionen zu den einzelnen Fachreferaten brachten wertvolle Richtlinien und Anregungen für die zukünftige Arbeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die geplante Errichtung eines Gipsschwefelsäurewerkes von großem Gewinn sei. - Es wurde geäußert, daß die Frage der Einheit Deutschlands sofort verwirklicht werden könnte, wenn die westdeutschen Politiker den Vorschlag des Deutschen Volksrates, zu einer Konferenz in Braunschweig zusammenzukommen, annehmen. Dieser Vorschlag sei zugleich ein Beitrag für den Weltfriedenskongreß.

Dresden: In zahlreichen Betrieben geben die Werktätigen ihre Zustimmung zu der Bereitschaft des Deutschen Volksrates, mit den parlamentarischen Körperschaften gemeinsam über die Verhinderung des nationalen Notstandes zu beraten. Das Sehnen nach der Einheit des Vaterlandes habe eine breite Masse des deutschen Volkes erfaßt, welche die Verwirklichung des Wunsches anstreben. Trotz aller Hindernisse glaube man fest daran, daß der Deutsche Volksrat in der Lage sei, die Einheit Deutschlands zu realisieren. Die Ablehnung der Einladung durch die westdeutschen Körperschaften würde ein nicht wieder gut zu machender Schaden sein. -

Der Vorschlag, zur gemeinsamen Besprechung in Braunschweig zusammenzukommen, fand auch in weiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit ein starkes Echo. Die Anregung begegnet gerade in den Kreisen der Werktätigen starke Sympathie und Zustimmung, die in immer zahlreicheren Entschlüssen von Betriebsdelegationen zum Ausdruck kommt. - Auch die Hamburger Gruppe der Oppositions-SPD begrüßt die Initiative des Deutschen Volksrates. Es wäre die Pflicht aller westdeutschen Politiker, an der Konferenz in Braunschweig teilzunehmen.

Oldenburg: Ein norddeutsches Blatt schreibt: Die Politiker der Ostzone sind mit der Schaffung einer Verfassung dem Bonner Parlamentarischen Rat zuvor gekommen. Die 144 Artikel der gebilligten Verfassung wurden sowohl den Worten als auch dem Geiste nach das besagen, was man sich von der Bonner Verfassung erhoffte.

Berlin: Ihre ganze Kraft zur Sicherung des Weltfriedens einzusetzen, brachten Vertreter der IG Nahrung- und Genussmittel und der Landesverbände auf einer Versammlung zum Ausdruck. Im Namen von 265 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaft wurde das Initiativ-Komitee zum Weltfriedenskongreß begrüßt.

Leipzig: Auf einer Versammlung wurde geäußert, daß der Abschluß des Atlantikpaktes ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur Zerreißung der Welt sei. Die Versammelten begrüßten den Aufruf zur internationalen Friedenskonferenz und forderten alle friedliebenden Menschen auf, sich anzuschließen. Von ihrer Haltung werde es abhängen, ob der Frieden erhalten bleibe oder die Welt in einen neuen Krieg gestürzt werde.

No. 66

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 24. März 1949

Frankfurt a.O.: Weitere 4 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen heute im Lager Cronenfelde ein. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Reichsbahn genügend Züge bereit gestellt, so daß die Weiterleitung reibungslos erfolgen kann. - Gestern trafen 800 Heimkehrer aus Polen ein. Sie wurden von Frankfurt nach Pirna weitergeleitet. Nach einer 14-tägigen Quarantänezeit werden sie in ihre Heimatorte entlassen.

Wittenberge: Die Frage der besseren Versorgung der ostzonalen Landwirtschaft mit Düngemitteln steht im Mittelpunkt einer Düngemittelkonferenz, die in einem Chemiewerk in Piesteritz abgehalten wird, an der Bauern-Aktivist, Vertreter der politischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen teilnehmen. Im Verlaufe der Konferenz soll erörtert werden, wie die Leistung nicht nur gesteigert, sondern wie sie normalisiert werden kann, so daß sie stabil bleibt. REITERSLEBEN leitete sein Referat mit einem Überblick über die wirtschaftlichen Veränderungen in der Ostzone ein. Die Einführung der Bodenreform habe die Landwirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt. Im Anschluß daran erklärte ein Sprecher des FDGB, die Aufgabe der Düngemittelarbeiter sei es, mehr Düngemittel zu produzieren. Er forderte die Bauern auf, den Zwischenfruchtanbau zu fördern. - Die Diskussionen zu den einzelnen Fachreferaten brachten wertvolle Richtlinien und Anregungen für die zukünftige Arbeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die geplante Errichtung eines Gipsschwefelsäurewerkes von großem Gewinn sei. - Es wurde geäußert, daß die Frage der Einheit Deutschlands sofort verwirklicht werden könnte, wenn die westdeutschen Politiker den Vorschlag des Deutschen Volksrates, zu einer Konferenz in Braunschweig zusammenzukommen, annehmen. Dieser Vorschlag sei zugleich ein Beitrag für den Weltfriedenskongreß.

Dresden: In zahlreichen Betrieben geben die Werktätigen ihre Zustimmung zu der Bereitschaft des Deutschen Volksrates, mit den parlamentarischen Körperschaften gemeinsam über die Verhinderung des nationalen Notstandes zu beraten. Das Sehnen nach der Einheit des Vaterlandes habe eine breite Masse des deutschen Volkes erfaßt, welche die Verwirklichung des Wunsches anstreben. Trotz aller Hindernisse glaube man fest daran, daß der Deutsche Volksrat in der Lage sei, die Einheit Deutschlands zu realisieren. Die Ablehnung der Einladung durch die westdeutschen Körperschaften würde ein nicht wieder gut zu machender Schaden sein. -

Der Vorschlag, zur gemeinsamen Besprechung in Braunschweig zusammenzukommen, fand auch in weiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit ein starkes Echo. Die Anregung begegnet gerade in den Kreisen der Werktätigen starke Sympathie und Zustimmung, die in immer zahlreicheren Entschlüsse von Betriebsdelegationen zum Ausdruck kommt. - Auch die Hamburger Gruppe der Oppositions-SPD begrüßt die Initiative des Deutschen Volksrates. Es wäre die Pflicht aller westdeutschen Politiker, an der Konferenz in Braunschweig teilzunehmen.

Oldenburg: Ein norddeutsches Blatt schreibt: Die Politiker der Ostzone sind mit der Schaffung einer Verfassung dem Bonner Parlamentarischen Rat zuvor gekommen. Die 144 Artikel der gebilligten Verfassung würden sowohl den Worten als auch dem Geiste nach das besagen, was man sich von der Bonner Verfassung erhoffe.

Berlin: Ihre ganze Kraft zur Sicherung des Weltfriedens einzusetzen, brachten Vertreter der IG Nahrung- und Genusmittel und der Landesverbände auf einer Versammlung zum Ausdruck. Im Namen von 265 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaft wurde das Initiativ-Komitee zum Weltfriedenskongreß begrüßt.

Leipzig: Auf einer Versammlung wurde geäußert, daß der Abschluß des Atlantikpakt ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur Zerreißung der Welt sei. Die Versammelten begrüßten den Aufruf zur internationalen Friedenskonferenz und forderten alle friedliebenden Menschen auf, sich anzuschließen. Von ihrer Haltung werde es abhängen, ob der Frieden erhalten bleibe oder die Welt in einen neuen Krieg gestürzt werde.

No. 66

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

Sender Leipzig vom 24. März 1949

Frankfurt a.O.: Weitere 4 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen heute im Lager Cronenhof ein. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Reichsbahn genügend Züge bereit gestellt, so daß die Weiterleitung reibungslos erfolgen kann. - Gestern trafen 800 Heimkehrer aus Polen ein. Sie wurden von Frankfurt nach Pirna weitergeleitet. Nach einer 14-tägigen Quarantänezeit werden sie in ihre Heimatorte entlassen.

Wittenberge: Die Frage der besseren Versorgung der ostzonalen Landwirtschaft mit Düngemitteln steht im Mittelpunkt einer Düngemittelkonferenz, die in einem Chemiewerk in Piesteritz abgehalten wird, an der Bauern-Aktivisten, Vertreter der politischen Parteien und der demokratischen Massenorganisationen teilnehmen. Im Verlaufe der Konferenz soll erörtert werden, wie die Leistung nicht nur gesteigert, sondern wie sie normalisiert werden kann, so daß sie stabil bleibt. REITERSLEBEN leitete sein Referat mit einem Überblick über die wirtschaftlichen Veränderungen in der Ostzone ein. Die Einführung der Bodenreform habe die Landwirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt. Im Anschluß daran erklärte ein Sprecher des FDGB, die Aufgabe der Düngemittelarbeiter sei es, mehr Düngemittel zu produzieren. Er forderte die Bauern auf, den Zwischenfruchtanbau zu fördern. - Die Diskussionen zu den einzelnen Fachreferaten brachten wertvolle Richtlinien und Anregungen für die zukünftige Arbeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die geplante Errichtung eines Gipsschwefelsäurewerkes von großem Gewinn sei. - Es wurde geäußert, daß die Frage der Einheit Deutschlands sofort verwirklicht werden könnte, wenn die westdeutschen Politiker den Vorschlag des Deutschen Volksrates, zu einer Konferenz in Braunschweig zusammenzukommen, annehmen. Dieser Vorschlag sei zugleich ein Beitrag für den Weltfriedenskongreß.

Dresden: In zahlreichen Betrieben geben die Werktätigen ihre Zustimmung zu der Bereitschaft des Deutschen Volksrates, mit den parlamentarischen Körperschaften gemeinsam über die Verhinderung des nationalen Notstandes zu beraten. Das Sehnen nach der Einheit des Vaterlandes habe eine breite Masse des deutschen Volkes erfaßt, welche die Verwirklichung des Wunsches anstreben. Trotz aller Hindernisse glaube man fest daran, daß der Deutsche Volksrat in der Lage sei, die Einheit Deutschlands zu realisieren. Die Ablehnung der Einladung durch die westdeutschen Körperschaften würde ein nicht wieder gut zu machender Schaden sein. -

Der Vorschlag, zur gemeinsamen Besprechung in Braunschweig zusammenzukommen, fand auch in weiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit ein starkes Echo. Die Anregung begegnet gerade in den Kreisen der Werktätigen starke Sympathie und Zustimmung, die in immer zahlreicheren Entschlüssen von Betriebsdelegationen zum Ausdruck kommt. - Auch die Hamburger Gruppe der Oppositions-SPD begrüßt die Initiative des Deutschen Volksrates. Es wäre die Pflicht aller westdeutschen Politiker, an der Konferenz in Braunschweig teilzunehmen.

Oldenburg: Ein norddeutsches Blatt schreibt: Die Politiker der Ostzone sind mit der Schaffung einer Verfassung dem Bonner Parlamentarischen Rat zuvor gekommen. Die 144 Artikel der gebilligten Verfassung würden sowohl den Worten als auch dem Geiste nach das besagen, was man sich von der Bonner Verfassung erhoffe.

Berlin: Ihre ganze Kraft zur Sicherung des Weltfriedens einzusetzen, brachten Vertreter der IG Nahrung- und Genusmittel und der Landesverbände auf einer Versammlung zum Ausdruck. Im Namen von 265 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaft wurde das Initiativ-Komitee zum Weltfriedenskongreß begrüßt.

Leipzig: Auf einer Versammlung wurde geäußert, daß der Abschluß des Atlantikpakt ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur Zerreißung der Welt sei. Die Versammelten begrüßten den Aufruf zur internationalen Friedenskonferenz und forderten alle friedliebenden Menschen auf, sich anzuschließen. Von ihrer Haltung werde es abhängen, ob der Frieden erhalten bleibe oder die Welt in einen neuen Krieg gestürzt werde.

No. 67

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 25. März 1949

Merseburg: Ungefähr 15 000 Belegschaftsmitglieder der Leuna-Werke beteiligten sich an einer Friedenskundgebung. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Einsatz für den Frieden aufgerufen wird. Die Versammelten richteten einen offenen Brief an die Werktätigen der chemischen Betriebe in den Westzonen, in dem sie bitten, sich aktiv am Kampf für die Einheit Deutschlands zu beteiligen.

Leipzig: "Die Russen und wir" ist das Thema eines Diskussionsabends, der heute in der Leipziger Kongreßhalle veranstaltet wird. Professor STEINIGER hat die Leitung übernommen. Baron von Stolzenberg u.a. werden anwesend sein.

Sender Leipzig vom 26. März 1949

Rostock: Anlässlich der vom 2. - 10. April d.J. stattfindenden Volksbildungswoche wird Otto GROTEWOHL über die geistigen Grundlagen des Faschismus sprechen.

Dresden: In allen sächsischen Kreisen fanden Landarbeitertagungen zur Vorbereitung der Frühjahrsbestellung statt. Die Landarbeiter schlugen u.a. vor, die veraltete Landarbeiterordnung durch ein fortschrittliches Landarbeitergesetz zu ersetzen.

Berlin: Die Eisenhütten-tagung wird nunmehr am 12. und 13. Mai durchgeführt. Es wird über die Probleme der Eisenhüttenindustrie sowie über Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten referiert werden.

Leipzig: An dem weiteren Ausbau der Werke in Gröditz ist die Firma Mannesmann beteiligt. Zunächst soll ein Pressenhaus bereits Mitte April geliefert werden. Die Firma Mannesmann wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, bei der Beschaffung von 10 - 30 mm Blechen sowie 2 Drahtseilen von je 350 m Länge behilflich zu sein.

Potsdam: Der ehemalige SAG-Betrieb Pressmasse in Eberswalde ist als Volkseigentum erklärt worden. Das Werk, das Gebrauchsgegenstände herstellte, wird jetzt auf elektrische Bedarfsartikel - wie Schalterdosens - umgestellt.

Die volkseigenen Werkzeugmaschinenfabriken in Meuselwitz werden ihre Erzeugnisse auch auf der Posener Messe ausstellen.

Halle: 48 000 t Schwefelkies trafen aus Norwegen, Bulgarien und Jugoslawien im Elbehafen in Magdeburg ein. Der Schwefelkies dient zur Herstellung von Schwefelsäure.

Berlin: Mehr als 50 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene werden in der Zeit von Ende März bis Anfang April aus der SU erwartet. Von gestern abend bis heute mittag trafen 5 000 Heimkehrer im Lager Gronenfelde ein.

Sender Leipzig vom 27. März 1949

Leipzig: Die Landesdelegiertentagung der VVN wurde mit einer Resolution beendet, in der allen neu auftretenden Erscheinungen des Chauvinismus schärfster Kampf angesagt wird. Alle Mitglieder der VVN wurden aufgefordert, als Aktivisten an der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes mitzuarbeiten.

Riesa: Beim zweiten Solidaritätseinsatz des Werkes Gröditz haben sich unzählige Werktätige für den Aufbau des aus der SU gelieferten neuen Preß- und Bandagenwerkes zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Arbeiten wurden bei der Verlegung von Erdkabeln geleistet.

Frankfurt: Heute vormittag trafen ca. 2 100 ehemalige Kriegsgefangene im Lager Gronenfelde ein. Für heute abend ist ein weiterer Heimkehrertransport angekündigt.

F R L

No. 67

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 25. März 1949

Merseburg: Ungefähr 15 000 Belegschaftsmitglieder der Leuna-Werke beteiligten sich an einer Friedenskundgebung. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Einsatz für den Frieden aufgerufen wird. Die Versammelten richteten einen offenen Brief an die Werktätigen der chemischen Betriebe in den Westzonen, in dem sie bitten, sich aktiv am Kampf für die Einheit Deutschlands zu beteiligen.

Leipzig: "Die Russen und wir" ist das Thema eines Diskussionsabends, der heute in der Leipziger Kongreßhalle veranstaltet wird. Professor STEINIGER hat die Leitung übernommen. Baron von Stolzenberg u.a. werden anwesend sein.

Sender Leipzig vom 26. März 1949

Rostock: Anläßlich der vom 2. - 10. April d.J. stattfindenden Volksbildungswoche wird Otto GROTEWOHL über die geistigen Grundlagen des Faschismus sprechen.

Dresden: In allen sächsischen Kreisen fanden Landarbeitertagungen zur Vorbereitung der Frühjahrseinstellung statt. Die Landarbeiter schlugen u.a. vor, die veraltete Landarbeiterordnung durch ein fortschrittliches Landarbeitergesetz zu ersetzen.

Berlin: Die Eisenhüttenanlage wird nunmehr am 12. und 13. Mai durchgeführt. Es wird über die Probleme der Eisenhüttenindustrie sowie über Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten referiert werden.

Leipzig: An dem weiteren Ausbau der Werke in Gröditz ist die Firma Mannesmann beteiligt. Zunächst soll ein Pressenhaus bereits Mitte April geliefert werden. Die Firma Mannesmann wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, bei der Beschaffung von 10 - 30 mm Blechen sowie 2 Drahtseilen von je 350 m Länge behilflich zu sein.

Potsdam: Der ehemalige SAG-Betrieb Pressmasse in Eberswalde ist als Volkseigentum erklärt worden. Das Werk, das Gebrauchsgegenstände herstellte, wird jetzt auf elektrische Bedarfsartikel - wie Schaltardosen - umgestellt.

Die volkseigenen Werkzeugmaschinenfabriken in Meuselwitz werden ihre Erzeugnisse auch auf der Posener Messe ausstellen.

Halle: 48 000 t Schwefelkies trafen aus Norwegen, Bulgarien und Jugoslawien im Elbehafen in Magdeburg ein. Der Schwefelkies dient zur Herstellung von Schwefelsäure.

Berlin: Mehr als 50 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene werden in der Zeit von Ende März bis Anfang April aus der SU erwartet. Von gestern abend bis heute mittag trafen 5 000 Heimkehrer im Lager Gronenfelde ein.

Sender Leipzig vom 27. März 1949

Leipzig: Die Landesdelegiertentagung der VVN wurde mit einer Resolution beendet, in der allen neu auftretenden Erscheinungen des Chauvinismus schärfster Kampf angesagt wird. Alle Mitglieder der VVN wurden aufgefordert, als Aktivisten an der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes mitzuarbeiten.

Riesa: Beim zweiten Solidaritätseinsatz des Werkes Gröditz haben sich unzählige Werktätige für den Aufbau des aus der SU gelieferten neuen Preß- und Bandagenwerkes zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Arbeiten wurden bei der Verlegung von Erdkabeln geleistet.

Frankfurt: Heute vormittag trafen ca. 2 100 ehemalige Kriegsgefangene im Lager Gronenfelde ein. Für heute abend ist ein weiterer Heimkehrertransport angekündigt.

No. 67

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 25. März 1949

Merseburg: Ungefähr 15 000 Belegschaftsmitglieder der Leuna-Werke beteiligten sich an einer Friedenskundgebung. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Einsatz für den Frieden aufgerufen wird. Die Versammelten richteten einen offenen Brief an die Werktätigen der chemischen Betriebe in den Westzonen, in dem sie bitten, sich aktiv am Kampf für die Einheit Deutschlands zu beteiligen.

Leipzig: "Die Russen und wir" ist das Thema eines Diskussionsabends, der heute in der Leipziger Kongreßhalle veranstaltet wird. Professor STEINIGER hat die Leitung übernommen. Baron von Stolzenberg u.a. werden anwesend sein.

Sender Leipzig vom 26. März 1949

Rostock: Anlässlich der vom 2. - 10. April d.J. stattfindenden Volksbildungswoche wird Otto GROTEWOHL über die geistigen Grundlagen des Faschismus sprechen.

Dresden: In allen sächsischen Kreisen fanden Landarbeitertagungen zur Vorbereitung der Frühjahrsbestellung statt. Die Landarbeiter schlugen u.a. vor, die veraltete Landarbeiterordnung durch ein fortschrittliches Landarbeitergesetz zu ersetzen.

Berlin: Die Eisenhüttentagung wird nunmehr am 12. und 13. Mai durchgeführt. Es wird über die Probleme der Eisenhüttenindustrie sowie über Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten referiert werden.

Leipzig: An dem weiteren Ausbau der Werke in Gröditz ist die Firma Mannesmann beteiligt. Zunächst soll ein Pressenhaus bereits Mitte April geliefert werden. Die Firma Mannesmann wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, bei der Beschaffung von 10 - 30 mm Blechen sowie 2 Drahtseilen von je 350 m Länge behilflich zu sein.

Potsdam: Der ehemalige SAC-Betrieb Pressmasse in Eberswalde ist als Volkseigentum erklärt worden. Das Werk, das Gebrauchsgegenstände herstellte, wird jetzt auf elektrische Bedarfsartikel - wie Schalterdosens - umgestellt.

Die volkseigenen Werkzeugmaschinenfabriken in Meuschwitz werden ihre Erzeugnisse auch auf der Posener Messe ausstellen.

Halle: 48 000 t Schwefelkies trafen aus Norwegen, Bulgarien und Jugoslawien im Elbehafen in Magdeburg ein. Der Schwefelkies dient zur Herstellung von Schwefelsäure.

Berlin: Mehr als 50 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene werden in der Zeit von Ende März bis Anfang April aus der SU erwartet. Von gestern abend bis heute mittag trafen 5 000 Heimkehrer im Lager Gronenfelde ein.

Sender Leipzig vom 27. März 1949

Leipzig: Die Landesdelegiertentagung der VVN wurde mit einer Resolution beendet, in der allen neu auftretenden Erscheinungen des Chauvinismus schärfster Kampf angesagt wird. Alle Mitglieder der VVN wurden aufgefordert, als Aktivisten an der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes mitzuarbeiten.

Riesa: Beim zweiten Solidaritätseinsatz des Werkes Gröditz haben sich unzählige Werktätige für den Aufbau des aus der SU gelieferten neuen Preß- und Bandagenwerkes zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Arbeiten wurden bei der Verlegung von Erdkabeln geleistet.

Frankfurt: Heute vormittag trafen ca. 2 100 ehemalige Kriegsgefangene im Lager Gronenfelde ein. Für heute abend ist ein weiterer Heimkehrertransport angekündigt.

No. 67

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 25. März 1949

Merseburg: Ungefähr 15 000 Belegschaftsmitglieder der Leuna-Werke beteiligten sich an einer Friedenskundgebung. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der zum Einsatz für den Frieden aufgerufen wird. Die Versammelten richteten einen offenen Brief an die Werktätigen der chemischen Betriebe in den Westzonen, in dem sie bitten, sich aktiv am Kampf für die Einheit Deutschlands zu beteiligen.

Leipzig: "Die Russen und wir" ist das Thema eines Diskussionsabends, der heute in der Leipziger Kongreßhalle veranstaltet wird. Professor STEINIGER hat die Leitung übernommen. Baron von Stolzenberg u.a. werden anwesend sein.

Sender Leipzig vom 26. März 1949

Rostock: Anlässlich der vom 2. - 10. April d.J. stattfindenden Volksbildungswoche wird Otto GROTEWOHL über die geistigen Grundlagen des Faschismus sprechen.

Dresden: In allen sächsischen Kreisen fanden Landarbeitertagungen zur Vorbereitung der Frühjahrsbestellung statt. Die Landarbeiter schlugen u.a. vor, die veraltete Landarbeiterordnung durch ein fortschrittliches Landarbeitergesetz zu ersetzen.

Berlin: Die Eisenhüttentagung wird nunmehr am 12. und 13. Mai durchgeführt. Es wird über die Probleme der Eisenhüttenindustrie sowie über Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten referiert werden.

Leipzig: An dem weiteren Ausbau der Werke in Gröditz ist die Firma Mannesmann beteiligt. Zunächst soll ein Pressenhaus bereits Mitte April geliefert werden. Die Firma Mannesmann wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, bei der Beschaffung von 10 - 30 mm Blechen sowie 2 Drahtseilen von je 350 m Länge behilflich zu sein.

Potsdam: Der ehemalige SAC-Betrieb Pressmasse in Eberswalde ist als Volkseigentum erklärt worden. Das Werk, das Gebrauchsgegenstände herstellte, wird jetzt auf elektrische Bedarfsartikel - wie Schalterdosens - umgestellt.

Die volkseigenen Werkzeugmaschinenfabriken in Meuselwitz werden ihre Erzeugnisse auch auf der Posener Messe ausstellen.

Halle: 48 000 t Schwefelkies trafen aus Norwegen, Bulgarien und Jugoslawien im Elbehafen in Magdeburg ein. Der Schwefelkies dient zur Herstellung von Schwefelsäure.

Berlin: Mehr als 50 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene werden in der Zeit von Ende März bis Anfang April aus der SU erwartet. Von gestern abend bis heute mittag trafen 5 000 Heimkehrer im Lager Gronenfelde ein.

Sender Leipzig vom 27. März 1949

Leipzig: Die Landesdelegiertentagung der VVN wurde mit einer Resolution beendet, in der allen neu auftretenden Erscheinungen des Chauvinismus schärfster Kampf angesagt wird. Alle Mitglieder der VVN wurden aufgefordert, als Aktivisten an der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes mitzuarbeiten.

Riesa: Beim zweiten Solidaritätseinsatz des Werkes Gröditz haben sich unzählige Werktätige für den Aufbau des aus der SU gelieferten neuen Preß- und Bandagenwerkes zur Verfügung gestellt. Umfangreiche Arbeiten wurden bei der Verlegung von Erdkabeln geleistet.

Frankfurt: Heute vormittag trafen ca. 2 100 ehemalige Kriegsgefangene im Lager Gronenfelde ein. Für heute abend ist ein weiterer Heimkehrertransport angekündigt.

No. 68

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 28. März 1949

Berlin: Der 23-jährige Josef REIMANN, der Sohn des KPD-Vorsitzenden in den Westzonen, Max Reimann, traf mit einem der letzten Heimkehrertransporte aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Er erklärte, er habe die feste Absicht, zusammen mit seinem Vater für ein einheitliches Deutschland zu kämpfen.

Berlin: Im Wettbewerb der sechs Stahlformgießereien der Ostzone liegt weiterhin das Werk Ückeründe an der Spitze, und zwar hat es das März-soll bis jetzt mit 111,5 % erfüllt.

Chemnitz: Die PDJ des Kreises Annaberg hat eine Grußadresse an die Komsomolzen gesandt, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie sich ebenso wie die sowjetische Jugend mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen will.

Berlin: Im Hinblick auf den kommenden 1. Mai hat der Bundesvorstand des FDGB einen Aufruf an die Werktätigen sowie an die Parteien und Massenorganisationen in der Ostzone erlassen, in dem es heißt: Das deutsche Volk, das vier Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen noch immer keinen Friedensvertrag hat, demonstriert vor allem für die Einheit Deutschlands sowie Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte. - Alle Betriebe wurden aufgefordert, ein Mai-Komitee zu bilden und Produktionsberatungen durchzuführen. Der diesjährige Kampftag der Werktätigen steht im Zeichen der Erfüllung des Zweijahresplanes. Deshalb beginnt am 1. April der große Wettbewerb zum 1. Mai, an dem dann die besten Aktivisten ausgezeichnet werden sollen. -

Auf die sich mehrenden Stimmen aus Westdeutschland, die eine Einheit Deutschlands wollen, wies der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrats, Wilhelm KOENEN, auf einer Kundgebung vor Berliner Arbeitern und Angestellten hin. Es seien nicht nur die Stimmen linksgerichteter Kreise, die für den Frieden eintreten, sondern auch Geistes-schaffende rechtsgerichteter Parteien. Es sei jedoch verständlich, daß diese Personen von den kapitalistischen Kräften mit Argwohn betrachtet würden.

In Leuna brachten 1 300 Jugendliche ihren Willen zum Ausdruck, ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Zweijahresplanes einzusetzen. Wir wissen, daß Glück und Wohlstand nur im Frieden und nur durch Arbeit erlangt werden kann, deshalb werden wir auch im Lager des Friedens zu finden sein.

Frankfurt a.O.: Der erste Transport mit Lastkraftwagen, die für die MAS und landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt sind, ist heute aus der SU eingetroffen. - Auf einer Friedenskundgebung sprach Wilhelm PIECK zu über 25 000 Werktätigen des Kreisausschusses für Einheit und gerechten Frieden. Pieck wies auf die wachsende Kriegsgefahr hin. Das deutsche Volk wolle den Frieden; dazu sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß des Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte erforderlich. Er führte weiter aus, daß die Beseitigung der Kriegszerstörungen nur in gemeinsamer Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte gelingen könne. Die freundschaftlichen Beziehungen zu der SU und den volksdemokratischen Ländern müßten weiter gefestigt und die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern ausgedehnt werden. - Vor der Kundgebung stattete Pieck dem Heimkehrerlager Cronenfelde einen Besuch ab. Dort waren gerade 1 499 ehem. deutsche Kriegsgefangene aus der SU eingetroffen.

Sender Moskau vom 28. März 1949

Aktuelle deutsche Tagesfragen:

Der Kommentar befaßte sich mit der augenblicklichen Berliner Lage. So hieß es u.a.: Jede amerikanische Familie hat das Recht, aus Berlin 55 Ztr. Fracht mitzunehmen. Wenn es vereinzelten Westberliner Firmen gelingt, eine geringe Menge Waren nach dem Westen zu transportieren, so könne sie da nicht abgesetzt werden, weil der Erzeugungspreis derartig hoch ist, daß sich kein Abnehmer für die Ware findet. - Seit der Währungs-umstellung ist die Lage noch schlimmer geworden. So setzte die Fern-Blaupunkt weitere 150 Arbeiter auf die Straße. - Was auf dem Wege der Luftbrücke angefliegen wird, kommt nur den wenigsten zu gute. Deshalb wollen die Berliner weder die Luftbrücke noch die Luftmark. Auf einer Groß-kundgebung wurden die Berliner aufgefordert, zur Selbsthilfe zu greifen und sich für eine einheitliche Währung und einheitliche Versorgung der ganzen Stadt einzusetzen.

No. 68

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 28. März 1949

Berlin: Der 23-jährige Josef REIMANN, der Sohn des KPD-Vorsitzenden in den Westzonen, Max Reimann, traf mit einem der letzten Heimkehrertransporte aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Er erklärte, er habe die feste Absicht, zusammen mit seinem Vater für ein einheitliches Deutschland zu kämpfen.

Berlin: Im Wettbewerb der sechs Stahlformgießereien der Ostzone liegt weiterhin das Werk Ückermünde an der Spitze, und zwar hat es das März-soll bis jetzt mit 111,5 % erfüllt.

Chemnitz: Die FDJ des Kreises Annaberg hat eine Grußadresse an die Komsomolzen gesandt, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie sich ebenso wie die sowjetische Jugend mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen will.

Berlin: Im Hinblick auf den kommenden 1. Mai hat der Bundesvorstand des FDGB einen Aufruf an die Werktätigen sowie an die Parteien und Massenorganisationen in der Ostzone erlassen, in dem es heißt: Das deutsche Volk, das vier Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen noch immer keinen Friedensvertrag hat, demonstriert vor allem für die Einheit Deutschlands sowie Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte. - Alle Betriebe wurden aufgefordert, ein Mai-Komitee zu bilden und Produktionsberatungen durchzuführen. Der diesjährige Kampftag der Werktätigen steht im Zeichen der Erfüllung des Zweijahresplanes. Deshalb beginnt am 1. April der große Wettbewerb zum 1. Mai, an dem dann die besten Aktivisten ausgezeichnet werden sollen. -

Auf die sich mehrenden Stimmen aus Westdeutschland, die eine Einheit Deutschlands wollen, wies der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrats, Wilhelm KOENEN, auf einer Kundgebung vor Berliner Arbeitern und Angestellten hin. Es seien nicht nur die Stimmen linksgerichteter Kreise, die für den Frieden eintreten, sondern auch Geistes-schaffende rechtsgerichteter Parteien. Es sei jedoch verständlich, daß diese Personen von den kapitalistischen Kräften mit Argwohn betrachtet würden.

In Leuna brachten 1 300 Jugendliche ihren Willen zum Ausdruck, ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Zweijahresplanes einzusetzen. Wir wissen, daß Glück und Wohlstand nur im Frieden und nur durch Arbeit erlangt werden kann, deshalb werden wir auch im Lager des Friedens zu finden sein.

Frankfurt a.O.: Der erste Transport mit Lastkraftwagen, die für die MAS und landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt sind, ist heute aus der SU eingetroffen. - Auf einer Friedenskundgebung sprach Wilhelm PIECK zu über 25 000 Werktätigen des Kreisausschusses für Einheit und gerechten Frieden. Pieck wies auf die wachsende Kriegsgefahr hin. Das deutsche Volk wolle den Frieden; dazu sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß des Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte erforderlich. Er führte weiter aus, daß die Beseitigung der Kriegszerstörungen nur in gemeinsamer Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte gelingen könne. Die freundschaftlichen Beziehungen zu der SU und den volksdemokratischen Ländern müßten weiter gefestigt und die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern ausgedehnt werden. - Vor der Kundgebung stattete Pieck dem Heimkehrerlager Cronenfelde einen Besuch ab. Dort waren gerade 1 499 ehem. deutsche Kriegsgefangene aus der SU eingetroffen.

Sender Moskau vom 28. März 1949Aktuelle deutsche Tagesfragen:

Der Kommentar befaßte sich mit der augenblicklichen Berliner Lage. So hieß es u.a.: Jede amerikanische Familie hat das Recht, aus Berlin 55 Ztr. Fracht mitzunehmen. Wenn es vereinzelt Westberliner Firmen gelingt, eine geringe Menge Waren nach dem Westen zu transportieren, so könne sie da nicht abgesetzt werden, weil der Erzeugungspreis derartig hoch ist, daß sich kein Abnehmer für die Ware findet. - Seit der Währungs-umstellung ist die Lage noch schlimmer geworden. So setzte die Pa. Blaupunkt weitere 150 Arbeiter auf die Straße. - Was auf dem Wege der Luftbrücke angefliegen wird, kommt nur den wenigsten zu gute. Deshalb wollen die Berliner weder die Luftbrücke noch die Luftmark. Auf einer Groß-kundgebung wurden die Berliner aufgefordert, zur Selbsthilfe zu greifen und sich für eine einheitliche Währung und einheitliche Versorgung der ganzen Stadt einzusetzen.

No. 68

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 28. März 1949

Berlin: Der 23-jährige Josef REIMANN, der Sohn des KPD-Vorsitzenden in den Westzonen, Max Reimann, traf mit einem der letzten Heimkehrertransporte aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Er erklärte, er habe die feste Absicht, zusammen mit seinem Vater für ein einheitliches Deutschland zu kämpfen.

Berlin: Im Wettbewerb der sechs Stahlformgießereien der Ostzone liegt weiterhin das Werk Ückermünde an der Spitze, und zwar hat es das März-soll bis jetzt mit 111,5 % erfüllt.

Chemnitz: Die FDJ des Kreises Annaberg hat eine Grußadresse an die Komsomolzen gesandt, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie sich ebenso wie die sowjetische Jugend mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen will.

Berlin: Im Hinblick auf den kommenden 1. Mai hat der Bundesvorstand des FDGB einen Aufruf an die Werktätigen sowie an die Parteien und Massenorganisationen in der Ostzone erlassen, in dem es heißt: Das deutsche Volk, das vier Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen noch immer keinen Friedensvertrag hat, demonstriert vor allem für die Einheit Deutschlands sowie Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte. - Alle Betriebe wurden aufgefordert, ein Mai-Komitee zu bilden und Produktionsberatungen durchzuführen. Der diesjährige Kampftag der Werktätigen steht im Zeichen der Erfüllung des Zweijahresplanes. Deshalb beginnt am 1. April der große Wettbewerb zum 1. Mai, an dem dann die besten Aktivisten ausgezeichnet werden sollen. -

Auf die sich mehrenden Stimmen aus Westdeutschland, die eine Einheit Deutschlands wollen, wies der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrats, Wilhelm KOENEN, auf einer Kundgebung vor Berliner Arbeiter und Angestellten hin. Es seien nicht nur die Stimmen linksgerichteter Kreise, die für den Frieden eintreten, sondern auch Geistes-schaffende rechtsgerichteter Parteien. Es sei jedoch verständlich, daß diese Personen von den kapitalistischen Kräften mit Argwohn betrachtet würden.

In Leuna brachten 1 300 Jugendliche ihren Willen zum Ausdruck, ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Zweijahresplanes einzusetzen. Wir wissen, daß Glück und Wohlstand nur im Frieden und nur durch Arbeit erlangt werden kann, deshalb werden wir auch im Lager des Friedens zu finden sein.

Frankfurt a.O.: Der erste Transport mit Lastkraftwagen, die für die MAS und landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt sind, ist heute aus der SU eingetroffen. - Auf einer Friedenskundgebung sprach Wilhelm PIECK zu über 25 000 Werktätigen des Kreisausschusses für Einheit und gerechten Frieden. Pieck wies auf die wachsende Kriegsgefahr hin. Das deutsche Volk wolle den Frieden; dazu sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß des Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte erforderlich. Er führte weiter aus, daß die Beseitigung der Kriegerstörungen nur in gemeinsamer Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte gelingen könne. Die freundschaftlichen Beziehungen zu der SU und den volksdemokratischen Ländern müßten weiter gefestigt und die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern ausgedehnt werden. - Vor der Kundgebung stattete Pieck dem Heimkehrerlager Cronenfelde einen Besuch ab. Dort waren gerade 1 499 ehem. deutsche Kriegsgefangene aus der SU eingetroffen.

Sender Moskau vom 28. März 1949Aktuelle deutsche Tagesfragen:

Der Kommentar befaßte sich mit der augenblicklichen Berliner Lage. So hieß es u.a.: Jede amerikanische Familie hat das Recht, aus Berlin 55 Ztr. Fracht mitzunehmen. Wenn es vereinzelten Westberliner Firmen gelingt, eine geringe Menge Waren nach dem Westen zu transportieren, so könne sie da nicht abgesetzt werden, weil der Erzeugungspreis derartig hoch ist, daß sich kein Abnehmer für die Ware findet. - Seit der Währungs-umstellung ist die Lage noch schlimmer geworden. So setzte die Pa. Blaupunkt weitere 150 Arbeiter auf die Straße. - Was auf dem Wege der Luftbrücke angefliegen wird, kommt nur den wenigsten zu gute. Deshalb wollen die Berliner weder die Luftbrücke noch die Luftmark. Auf einer Groß-kundgebung wurden die Berliner aufgefordert, zur Selbsthilfe zu greifen und sich für eine einheitliche Währung und einheitliche Versorgung der ganzen Stadt einzusetzen.

No. 68

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 28. März 1949

Berlin: Der 23-jährige Josef REIMANN, der Sohn des KPD-Vorsitzenden in den Westzonen, Max Reimann, traf mit einem der letzten Heimkehrertransporte aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Er erklärte, er habe die feste Absicht, zusammen mit seinem Vater für ein einheitliches Deutschland zu kämpfen.

Berlin: Im Wettbewerb der sechs Stahlformgießereien der Ostzone liegt weiterhin das Werk Ückeründe an der Spitze, und zwar hat es das März-soll bis jetzt mit 111,5 % erfüllt.

Chemnitz: Die FDJ des Kreises Annaberg hat eine Grußadresse an die Komsomolzen gesandt, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie sich ebenso wie die sowjetische Jugend mit aller Kraft für die Erhaltung des Friedens einsetzen will.

Berlin: Im Hinblick auf den kommenden 1. Mai hat der Bundesvorstand des FDGB einen Aufruf an die Werktätigen sowie an die Parteien und Massenorganisationen in der Ostzone erlassen, in dem es heißt: Das deutsche Volk, das vier Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen noch immer keinen Friedensvertrag hat, demonstriert vor allem für die Einheit Deutschlands sowie Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte. - Alle Betriebe wurden aufgefordert, ein Mai-Komitee zu bilden und Produktionsberatungen durchzuführen. Der diesjährige Kampftag der Werktätigen steht im Zeichen der Erfüllung des Zweijahresplanes. Deshalb beginnt am 1. April der große Wettbewerb zum 1. Mai, an dem dann die besten Aktivisten ausgezeichnet werden sollen. -

Auf die sich mehrenden Stimmen aus Westdeutschland, die eine Einheit Deutschlands wollen, wies der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrats, Wilhelm KOENEN, auf einer Kundgebung vor Berliner Arbeitern und Angestellten hin. Es seien nicht nur die Stimmen linksgerichteter Kreise, die für den Frieden eintreten, sondern auch Geistes-schaffende rechtsgerichteter Parteien. Es sei jedoch verständlich, daß diese Personen von den kapitalistischen Kräften mit Argwohn betrachtet würden.

In Leuna brachten 1 300 Jugendliche ihren Willen zum Ausdruck, ihre ganze Kraft für die Erfüllung des Zweijahresplanes einzusetzen. Wir wissen, daß Glück und Wohlstand nur im Frieden und nur durch Arbeit erlangt werden kann, deshalb werden wir auch im Lager des Friedens zu finden sein.

Frankfurt a.M.: Der erste Transport mit Lastkraftwagen, die für die MAS und landwirtschaftlichen Betriebe bestimmt sind, ist heute aus der SU eingetroffen. - Auf einer Friedenskundgebung sprach Wilhelm PIECK zu über 25 000 Werktätigen des Kreisausschusses für Einheit und gerechten Frieden. Pieck wies auf die wachsende Kriegsgefahr hin. Das deutsche Volk wolle den Frieden; dazu sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, der Abschluß des Friedensvertrages und der Abzug der Besatzungsmächte erforderlich. Er führte weiter aus, daß die Beseitigung der Kriegszerstörungen nur in gemeinsamer Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte gelingen könne. Die freundschaftlichen Beziehungen zu der SU und den volksdemokratischen Ländern müßten weiter gefestigt und die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern ausgedehnt werden. - Vor der Kundgebung stattete Pieck dem Heimkehrerlager Cronenfelde einen Besuch ab. Dort waren gerade 1 499 ehem. deutsche Kriegsgefangene aus der SU eingetroffen.

Sender Moskau vom 28. März 1949Aktuelle deutsche Tagesfragen:

Der Kommentar befaßte sich mit der augenblicklichen Berliner Lage. So hieß es u.a.: Jede amerikanische Familie hat das Recht, aus Berlin 55 Ztr. Fracht mitzunehmen. Wenn es vereinzelt Westberliner Firmen gelingt, eine geringe Menge Waren nach dem Westen zu transportieren, so könne sie da nicht abgesetzt werden, weil der Erzeugungspreis derartig hoch ist, daß sich kein Abnehmer für die Ware findet. - Seit der Währungsumstellung ist die Lage noch schlimmer geworden. So setzte die Fa. Blaupunkt weitere 150 Arbeiter auf die Straße. - Was auf dem Wege der Luftbrücke angefliegen wird, kommt nur den wenigsten zu gute. Deshalb wollen die Berliner weder die Luftbrücke noch die Luftmark. Auf einer Großkundgebung wurden die Berliner aufgefordert, zur Selbsthilfe zu greifen und sich für eine einheitliche Währung und einheitliche Versorgung der ganzen Stadt einzusetzen.

No. 69

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 29. März 1949

Berlin: Der Außenhandel der Ostzone hat im vergangenen Jahr einen beachtlichen Aufschwung genommen, was auf die zahlreichen Handelsabkommen zurückzuführen ist. Unter den Lieferländern steht die SU weit aus an erster Stelle. Auch der zusätzliche Bedarf an Roheisen, Walzstahl usw. wird weitgehend von der SU gedeckt. An zweiter Stelle steht Polen mit 25 % der Einfuhr. Beim Export steht auch die SU als Abnehmer mit 34 % an der Spitze.

Rostock: Gestern wurden im Rostocker Hafen zwei Dampfer mit 4 628 t Superphosphat gelöscht.

In der Steinkohlenförderung ist jetzt eine Tagesleistung von 10 000 t erreicht worden.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 49 Lastkraftwagen traf heute aus der SU in Frankfurt ein.

Berlin: Der Vorstand der NDE hat beschlossen, den ersten Zentralpartei-tag ausgangs Juni nach Halle einzuberufen. Landparteitage finden in der Zeit vom 19. Mai bis 11. Juni statt.

Berlin: Mit den Wandlungen des sogenannten Oberbürgermeisters Reuter zum deutschen Quisling befaßte sich Wilhelm PIECK in einem Artikel des Neuen Deutschland. Die skandalöse Rede Reuters in Amerika mache es notwendig, sich etwas näher mit diesem Herrn zu beschäftigen, der in der schamlosesten Weise log, nur um sich und seine Kumpanen ins rechte Licht zu setzen. Pieck bezeichnete Reuter als einen unverschämten Lügner, wenn er vor der amerikanischen Öffentlichkeit behauptete, daß die SU in Deutschland eine Diktatur aufrichten wolle.

Frankfurt: Ein weiterer Transport mit 1 665 Heimkehrern aus der SU traf heute im Lager Cronenfelde ein. Der körperliche Zustand der ehemaligen Kriegsgefangenen ist ausnahmslos gut. Die Heimkehrer sagten übereinstimmend aus, daß sie sich neben einer ausreichenden Normalverpflegung von ihrem Verdienst zusätzlich Lebensmittel und Kleidungsstücke kaufen konnten. Sie kommen als neue Menschen zurück und haben die feste Absicht, sich den Einwirkungen der antisowjetischen Hetze zu widersetzen. Sie sind erfüllt von dem heißen Wunsch nach Frieden und dem glühenden Haß gegen die Kriegstreiber.

Meißen: Die 1 000 Beschäftigten der Jute-Spinnerei forderten die westdeutschen Werktätigen auf, die Bemühungen des Deutschen Volksrates und das Zustandekommen einer gemeinsamen Konferenz in Braunschweig zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu unterstützen.

Berlin: Zur Verbesserung des Schulfrühstücks hat das Sekretariat der DWK die zusätzliche Ausgabe von 5 g Marmelade für das Weizenbrötchen beschlossen.

Berlin: Der Friedensausschuß des Deutschen Volksrates trat heute zur außerordentlichen Sitzung zusammen. NUSCHKE erläuterte auf der Konferenz die Bedeutung des Pariser Friedenskongresses. Heute sei es notwendiger denn je, daß das deutsche Volk zusammenhalte. Wie Nuschke feststellte, werde im Westen mit kalter Frivolität über die Pläne eines neuen Krieges debattiert. Dazu gab er die Losung aus: Du verhinderst den Krieg, wenn Du den Frieden vorbereitest. Einen Hoffungsstrahl bilde der geplante Friedenskongreß. Doch wir wollen nicht nur hoffen, sondern für den Frieden arbeiten. Anschließend sprach Gen. Sekr. DERTINGER, der ausführte: Die Friedensbewegung muß so stark werden, daß die Kriegstreiber es unterlassen, auf irgendeine Art einen neuen Krieg anzufangen.

Berlin: Im Namen von 250 000 Volksbühnenmitgliedern der Ostzone wurde die Initiative des Pariser Komitees zur Einberufung eines Friedenskongresses begrüßt. Die Bundesleitung rief zur tatkräftigen Unterstützung der Weltfriedenskonferenz auf.

Der Kommentar war von Frau Dr. Rowald. Er beschäftigte sich mit den Heimkehrertransporten. Frau Dr. Rowald hob den guten Gesundheitszustand der Heimkehrer hervor. Bei keinem Durchgangslager sei ein Zeichen von Unterernährung festzustellen. - Die Heimkehrer selbst seien sehr verwundert über das Ausmaß der antisowjetischen Hetze. Sie betonen, daß zwischen ihnen und der russ. Bevölkerung ein gutes Einvernehmen geherrscht und die Verpflegung derjenigen der russ. Arbeiter entsprochen habe. Die Heimkehrer ließen keinen Zweifel offen, daß sie vom Gedanken des Friedens beseelt seien und sich nur mit dem Aufbau des Landes beschäftigen.

No. 69

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 29. März 1949

Berlin: Der Außenhandel der Ostzone hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Aufschwung genommen, was auf die zahlreichen Handelsabkommen zurückzuführen ist. Unter den Lieferländern steht die SU weit aus an erster Stelle. Auch der zusätzliche Bedarf an Roheisen, Walzstahl usw. wird weitgehend von der SU gedeckt. An zweiter Stelle steht Polen mit 25 % der Einfuhr. Beim Export steht auch die SU als Abnehmer mit 34 % an der Spitze.

Rostock: Gestern wurden im Rostocker Hafen zwei Dampfer mit 4 628 t Superphosphat gelöscht.

In der Steinkohlenförderung ist jetzt eine Tagesleistung von 10 000 t erreicht worden.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 49 Lastkraftwagen traf heute aus der SU in Frankfurt ein.

Berlin: Der Vorstand der NDP hat beschlossen, den ersten Zentralparteitag ausgangs Juni nach Halle einzuberufen. Landparteitage finden in der Zeit vom 19. Mai bis 11. Juni statt.

Berlin: Mit den Wandlungen des sogenannten Oerbürgermeisters Reuter zum deutschen Quisling befaßte sich Wilhelm PIECK in einem Artikel des Neuen Deutschland. Die skandalöse Rede Reuters in Amerika mache es notwendig, sich etwas näher mit diesem Herrn zu beschäftigen, der in der schamlosesten Weise log, nur um sich und seine Kumpanen ins rechte Licht zu setzen. Pieck bezeichnete Reuter als einen unverschämten Lügner, wenn er vor der amerikanischen Öffentlichkeit behauptete, daß die SU in Deutschland eine Diktatur aufrichten wolle.

Frankfurt: Ein weiterer Transport mit 1 665 Heimkehrern aus der SU traf heute im Lager Cronenfelde ein. Der körperliche Zustand der ehem. dt. Kriegsgefangenen ist ausnahmslos gut. Die Heimkehrer sagten übereinstimmend aus, daß sie sich neben einer ausreichenden Normalverpflegung von ihrem Verdienst zusätzlich Lebensmittel und Kleidungsstücke kaufen konnten. Sie kommen als neue Menschen zurück und haben die feste Absicht, sich den Einwirkungen der antisowjetischen Hetze zu widersetzen. Sie sind erfüllt von dem heißen Wunsch nach Frieden und dem glühenden Haß gegen die Kriegstreiber.

Weißen: Die 1 000 Beschäftigten der Jute-Spinnerei forderten die westdeutschen Werktätigen auf, die Bemühungen des Deutschen Volksrates und das Zustandekommen einer gemeinsamen Konferenz in Braunschweig zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu unterstützen.

Berlin: Zur Verbesserung des Schulfrühstücks hat das Sekretariat der DWK die zusätzliche Ausgabe von 5 g Marmelade für das Weizenbrötchen beschlossen.

Berlin: Der Friedensausschuß des Deutschen Volksrates trat heute zur außerordentlichen Sitzung zusammen. NUSCHKE erläuterte auf der Konferenz die Bedeutung des Pariser Friedenskongresses. Heute sei es notwendiger denn je, daß das deutsche Volk zusammenhalte. Wie Nuschke feststellte, werde im Westen mit kalter Privolität über die Pläne eines neuen Krieges debattiert. Dazu gab er die Losung aus: Du verhinderst den Krieg, wenn Du den Frieden vorbereitest. Einen Hoffungsstrahl bilde der geplante Friedenskongreß. Doch wir wollen nicht nur hoffen, sondern für den Frieden arbeiten. Anschließend sprach Gen. Sekr. DERTINGER, der ausführte: Die Friedensbewegung muß so stark werden, daß die Kriegstreiber es unterlassen, auf irgendeine Art einen neuen Krieg anzufangen.

Berlin: Im Namen von 250 000 Volksbühnenmitgliedern der Ostzone wurde die Initiative des Pariser Komitees zur Einberufung eines Friedenskongresses begrüßt. Die Bundesleitung rief zur tatkräftigen Unterstützung der Weltfriedenskonferenz auf.

Der Kommentar war von Frau Dr. Rowald. Er beschäftigte sich mit den Heimkehrertransporten. Frau Dr. Rowald hob den guten Gesundheitszustand der Heimkehrer hervor. Bei keinem Durchgangslager sei ein Zeichen von Unterernährung festzustellen. - Die Heimkehrer selbst seien sehr verwundert über das Ausmaß der antisowjetischen Hetze. Sie betonen, daß zwischen ihnen und der russ. Bevölkerung ein gutes Einvernehmen geherrscht und die Verpflegung derjenigen der russ. Arbeiter entsprochen habe. Die Heimkehrer ließen keinen Zweifel offen, daß sie vom Gedanken des Friedens beseelt seien und sich nur mit dem Aufbau des Landes beschäftigen.

No. 69

Auszüge aus Kundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 29. März 1949

Berlin: Der Außenhandel der Ostzone hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Aufschwung genommen, was auf die zahlreichen Handelsabkommen zurückzuführen ist. Unter den Lieferländern steht die SU weit aus an erster Stelle. Auch der zusätzliche Bedarf an Roheisen, Walzstahl usw. wird weitgehend von der SU gedeckt. An zweiter Stelle steht Polen mit 25 % der Einfuhr. Beim Export steht auch die SU als Abnehmer mit 34 % an der Spitze.

Rostock: Gestern wurden im Rostocker Hafen zwei Dampfer mit 4 626 t Superphosphat gelöscht.

In der Steinkohlenförderung ist jetzt eine Tagesleistung von 10 000 t erreicht worden.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 49 Lastkraftwagen traf heute aus der SU in Frankfurt ein.

Berlin: Der Vorstand der NDP hat beschlossen, den ersten Zentralparteitag ausgangs Juni nach Halle einzuberufen. Landparteitage finden in der Zeit vom 19. Mai bis 11. Juni statt.

Berlin: Mit den Wandlungen des sogenannten Ooberbürgermeisters Reuter zum deutschen Quisling befaßte sich Wilhelm Pieck in einem Artikel des Neuen Deutschland. Die skandalöse Rede Reuters in Amerika mache es notwendig, sich etwas näher mit diesem Herrn zu beschäftigen, der in der schamlosesten Weise log, nur um sich und seine Kumpanen ins rechte Licht zu setzen. Pieck bezeichnete Reuter als einen unverschämten Lügner, wenn er vor der amerikanischen Öffentlichkeit behaupte, daß die SU in Deutschland eine Diktatur aufrichten wolle.

Frankfurt: Ein weiterer Transport mit 1 665 Heimkehrern aus der SU traf heute im Lager Cronenfelde ein. Der körperliche Zustand der ehem. dt. Kriegsgefangenen ist ausnahmslos gut. Die Heimkehrer sagten übereinstimmend aus, daß sie sich neben einer ausreichenden Normalverpflegung von ihrem Verdienst zusätzlich Lebensmittel und Kleidungsstücke kaufen konnten. Sie kommen als neue Menschen zurück und haben die feste Absicht, sich den Einwirkungen der antisowjetischen Hetze zu widersetzen. Sie sind erfüllt von dem heißen Wunsch nach Frieden und dem glühenden Haß gegen die Kriegstreiber.

Meißen: Die 1 000 Beschäftigten der Jute-Spinnerei forderten die westdeutschen Werktätigen auf, die Bemühungen des Deutschen Volksrates und das Zustandekommen einer gemeinsamen Konferenz in Braunschweig zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu unterstützen.

Berlin: Zur Verbesserung des Schulfrühstücks hat das Sekretariat der DWK die zusätzliche Ausgabe von 5 g Marmelade für das Weizenbrötchen beschlossen.

Berlin: Der Friedensausschuß des Deutschen Volksrates trat heute zur außerordentlichen Sitzung zusammen. NUSCHKE erläuterte auf der Konferenz die Bedeutung des Pariser Friedenskongresses. Heute sei es notwendiger denn je, daß das deutsche Volk zusammenhalte. Wie Nuschke feststellte, werde im Westen mit kalter Frivolität über die Pläne eines neuen Krieges debattiert. Dazu gab er die Losung aus: Du verhinderst den Krieg, wenn Du den Frieden vorbereitest. Einen Hoffungsstrahl bilde der geplante Friedenskongreß. Doch wir wollen nicht nur hoffen, sondern für den Frieden arbeiten. Anschließend sprach Gen. Sekr. DERTINGER, der ausführte: Die Friedensbewegung muß so stark werden, daß die Kriegstreiber es unterlassen, auf irgendeine Art einen neuen Krieg anzufangen.

Berlin: Im Namen von 250 000 Volksbühnenmitgliedern der Ostzone wurde die Initiative des Pariser Komitees zur Einberufung eines Friedenskongresses begrüßt. Die Bundesleitung rief zur tatkräftigen Unterstützung der Weltfriedenskonferenz auf.

Der Kommentar war von Frau Dr. Rowald. Er beschäftigte sich mit den Heimkehrertransporten. Frau Dr. Rowald hob den guten Gesundheitszustand der Heimkehrer hervor. Bei keinem Durchgangslager sei ein Zeichen von Unterernährung festzustellen. - Die Heimkehrer selbst seien sehr verwundert über das Ausmaß der antisowjetischen Hetze. Sie betonten, daß zwischen ihnen und der russ. Bevölkerung ein gutes Einvernehmen geherrscht und die Verpflegung derjenigen der russ. Arbeiter entsprochen habe. Die Heimkehrer ließen keinen Zweifel offen, daß sie vom Gedanken des Friedens beseelt seien und sich nur mit dem Aufbau des Landes beschäftigen.

No. 69

Auszüge aus Kundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 29. März 1949

Berlin: Der Außenhandel der Ostzone hat im vergangenen Jahr einen beachtlichen Aufschwung genommen, was auf die zahlreichen Handelsabkommen zurückzuführen ist. Unter den Lieferländern steht die SU weit aus an erster Stelle. Auch der zusätzliche Bedarf an Roheisen, Walzstahl usw. wird weitgehend von der SU gedeckt. An zweiter Stelle steht Polen mit 25 % der Einfuhr. Beim Export steht auch die SU als Abnehmer mit 34 % an der Spitze.

Rostock: Gestern wurden im Rostocker Hafen zwei Dampfer mit 4 628 t Superphosphat gelöscht.

In der Steinkohlenförderung ist jetzt eine Tagesleistung von 10 000 t erreicht worden.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 49 Lastkraftwagen traf heute aus der SU in Frankfurt ein.

Berlin: Der Vorstand der NDP hat beschlossen, den ersten Zentralparteitag ausgangs Juni nach Halle einzuberufen. Landparteitage finden in der Zeit vom 19. Mai bis 11. Juni statt.

Berlin: Mit den Wandlungen des sogenannten Ooberbürgermeisters Reuter zum deutschen Quisling befaßte sich Wilhelm PIECK in einem Artikel des Neuen Deutschland. Die skandalöse Rede Reuters in Amerika mache es notwendig, sich etwas näher mit diesem Herrn zu beschäftigen, der in der schamlosesten Weise log, nur um sich und seine Kumpanen ins rechte Licht zu setzen. Pieck bezeichnete Reuter als einen unverschämten Lügner, wenn er vor der amerikanischen Öffentlichkeit behauptete, daß die SU in Deutschland eine Diktatur aufrichten wolle.

Frankfurt: Ein weiterer Transport mit 1 665 Heimkehrern aus der SU traf heute im Lager Cronenfelde ein. Der körperliche Zustand der ehem. dt. Kriegsgefangenen ist ausnahmslos gut. Die Heimkehrer sagten übereinstimmend aus, daß sie sich neben einer ausreichenden Normalverpflegung von ihrem Verdienst zusätzlich Lebensmittel und Kleidungsstücke kaufen konnten. Sie kommen als neue Menschen zurück und haben die feste Absicht, sich den Einwirkungen der antisowjetischen Hetze zu widersetzen. Sie sind erfüllt von dem heißen Wunsch nach Frieden und dem glühenden Haß gegen die Kriegstreiber.

Weissen: Die 1 000 Beschäftigten der Jute-Spinnerei forderten die westdeutschen Werktätigen auf, die Bemühungen des Deutschen Volksrates und das Zustandekommen einer gemeinsamen Konferenz in Braunschweig zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu unterstützen.

Berlin: Zur Verbesserung des Schulfrühstücks hat das Sekretariat der DDK die zusätzliche Ausgabe von 5 g Marmelade für das Weizenbrötchen beschlossen.

Berlin: Der Friedensausschuß des Deutschen Volksrates trat heute zur außerordentlichen Sitzung zusammen. NUSCHKE erläuterte auf der Konferenz die Bedeutung des Pariser Friedenskongresses. Heute sei es notwendiger denn je, daß das deutsche Volk zusammenhalte. Wie Nuschke feststellte, werde im Westen mit kalter Frivolität über die Pläne eines neuen Krieges debattiert. Dazu gab er die Losung aus: Du verhinderst den Krieg, wenn Du den Frieden vorbereitest. Einen Hoffungsstrahl bilde der geplante Friedenskongreß. Doch wir wollen nicht nur hoffen, sondern für den Frieden arbeiten. Anschließend sprach Gen. Sekr. DERTINGER, der ausführte: Die Friedensbewegung muß so stark werden, daß die Kriegstreiber es unterlassen, auf irgendeine Art einen neuen Krieg anzufangen.

Berlin: Im Namen von 250 000 Volksbühnenmitgliedern der Ostzone wurde die Initiative des Pariser Komitees zur Einberufung eines Friedenskongresses begrüßt. Die Bundesleitung rief zur tatkräftigen Unterstützung der Weltfriedenskonferenz auf.

Der Kommentar war von Frau Dr. Rowald. Er beschäftigte sich mit den Heimkehrertransporten. Frau Dr. Rowald hob den guten Gesundheitszustand der Heimkehrer hervor. Bei keinem Durchgangslager sei ein Zeichen von Unterernährung festzustellen. - Die Heimkehrer selbst seien sehr verwundert über das Ausmaß der antisowjetischen Hetze. Sie betonen, daß zwischen ihnen und der russ. Bevölkerung ein gutes Einvernehmen geherrscht und die Verpflegung derjenigen der russ. Arbeiter entsprochen habe. Die Heimkehrer ließen keinen Zweifel offen, daß sie vom Gedanken des Friedens beseelt seien und sich nur mit dem Aufbau des Landes beschäftigen.

No. 98

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Währungsumstellung. Am Samstag findet von der SED eine Massendemonstration unter den Linden statt, auf der sich der Berliner Vorsitzende der SED, JENDRETZKY, gegen das "Währungsverbrechen" wenden wird. Die Kundgebung soll für "einheitliche Währung und Versorgung" der Hauptstadt eintreten. Jendretzky erklärte, den Bewohnern der Westsektoren dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, beim Einkauf innerhalb des Ostsektors einen Vorzug zu genießen. Er sei darüber unterrichtet, daß eine neue Klebemark, wie bereits bei der ersten Währungsreform, eingeführt werde. Westberliner dürften am Umtausch nicht teilnehmen. Die Funktionäre müßten Verständnis für die augenblickliche sich oft widersprechende Politik haben. Es müsse alles vermieden werden, was eine Panikstimmung aufkommen lassen könnte.

Eisenbahner der Berliner Westsektoren haben am Dienstag auf mehreren Kundgebungen dagegen protestiert, daß ihnen die Gehälter ausschließlich in Ostmark ausbezahlt werden. Die Eisenbahner drohten mit Streik, falls die Eisenbahndirektion, die der russischen Militärverwaltung untersteht, es ablehnen sollte, Zertifikate für den Umtausch von Ostmark in Westmark auszugeben.

Allgem. Ztg. vom 24. März 1949

Deutsche Regierung. Informierte Kreise der SED gaben bekannt, daß die Ablehnung der Volksrat-Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung mit westdeutschen Politikern in Braunschweig die Handhabe biete, eine "deutsche Regierung" mit Sitz im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu bilden.

Hierin wird das folgerichtige Ergebnis der SED-Politik ertlickt, die zu der Annahme der Verfassung durch den Volksrat führte. Gegen diesen Plan bestünden indessen Bedenken der Ost-CDU und der Ost-LDP, die die Ansicht vertreten sollen, der Verfassungsentwurf bedürfe für seine Ausdehnung auf ganz Deutschland erheblicher Abänderungen.

Die Neue Ztg. vom 24. März 49

Polens Wirtschaftsplan 1949. Er erstrebt eine Steigerung des Produktionswertes der staatlichen Industrie um über 15 % auf 16,1 Mrd. Zloty. Die fortschreitende Industrialisierung kommt darin zum Ausdruck, daß der Produktionswert in der staatlichen Industrie ungefähr 61 % des Gesamtproduktionswertes betragen wird. Nach dem Plan soll die Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie um 5,5 % wachsen. Beabsichtigt ist, neue Produktionszweige aufzunehmen, u.a. den Bau von Lastkraftwagen, Jahrgestellen für Autobusse, Werkzeugmaschinen sowie die Herstellung bestimmter elektrotechnischer und chemischer Artikel.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der Produktion und des Fertigwarensortiments geht die Errichtung weiterer Betriebe und neuer Abteilungen in den bestehenden Betrieben. Insbesondere ist die Inbetriebnahme von zwei Kraftwerken, sechs chemischen Fabriken, zwei Hochöfen, drei Martinöfen, vier Keramikfabriken, vier Wollkammereien, drei Konfektionsfabriken, einer Gerberei, einer Papier- und Zellstofffabrik, eines Zementwerkes und von Papiermaschinen- und Elektromaschinenfabriken vorgesehen.

Die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsunternehmen dürften im laufenden Jahr einen um annähernd die Hälfte höheren Umsatz erzielen. Während das staatliche und genossenschaftliche Großhandelsnetz 4800 Zweigstellen umfassen wird (48 % mehr als im Vorjahr), soll das Kleinhandelsnetz im Vergleich zu 1948 um ein Drittel erweitert werden. 1948 betrugen die Investitionen für den Handel 10 Mrd. Zloty; in diesem Jahr sollen hierfür 16 Mrd. Zloty aufgewendet werden.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Berliner Warenzeichen. Zur Unterstützung des Berliner Exportes und zur Werbung für die Berliner Wirtschaft werden in Zukunft alle für den Westen bestimmten Warensendungen mit einem neuen Berliner Herkunftszeichen versehen. Das neue Warenzeichen zeigt den Berliner Bär, der eine Eisenfessel zerbricht und die Umschrift "hergestellt im blockierten Berlin" trägt.

Die Welt vom 24. März 1949

No. 98

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Währungsumstellung. Am Samstag findet von der SED eine Massendemonstration Unter den Linden statt, auf der sich der Berliner Vorsitzende der SED, JENDRETZKY, gegen das "Währungsverbrechen" wenden wird. Die Kundgebung soll für "einheitliche Währung und Versorgung" der Hauptstadt eintreten. Jendretzky erklärte, den Bewohnern der Westsektoren dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, beim Einkauf innerhalb des Ostsektors einen Vorzug zu genießen. Er sei darüber unterrichtet, daß eine neue Klebemark, wie bereits bei der ersten Währungsreform, eingeführt werde. Westberliner dürften am Umtausch nicht teilnehmen. Die Funktionäre müßten Verständnis für die augenblickliche sich oft widersprechende Politik haben. Es müsse alles vermieden werden, was eine Panikstimmung aufkommen lassen könnte.

Eisenbahner der Berliner Westsektoren haben am Dienstag auf mehreren Kundgebungen dagegen protestiert, daß ihnen die Gehälter ausschließlich in Ostmark ausbezahlt werden. Die Eisenbahner drohten mit Streik, falls die Eisenbahndirektion, die der russischen Militärverwaltung untersteht, es ablehnen sollte, Zertifikate für den Umtausch von Ostmark in Westmark auszugeben.

Allgem. Ztg. vom 24. März 1949

Deutsche Regierung. Informierte Kreise der SED gaben bekannt, daß die Ablehnung der Volksrat-Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung mit westdeutschen Politikern in Braunschweig die Handhabe biete, eine "deutsche Regierung" mit Sitz im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu bilden.

Hierin wird das folgerichtige Ergebnis der SED-Politik ertlickt, die zu der Annahme der Verfassung durch den Volksrat führte. Gegen diesen Plan bestünden indessen Bedenken der Ost-ODU und der Ost-LDP, die die Ansicht vertreten sollen, der Verfassungsentwurf bedürfe für seine Ausdehnung auf ganz Deutschland erheblicher Abänderungen.

Die Neue Ztg. vom 24. März 49

Polens Wirtschaftsplan 1949. Er erstrebt eine Steigerung des Produktionswertes der staatlichen Industrie um über 15 % auf 16,1 Mrd. Zloty. Die fortschreitende Industrialisierung kommt darin zum Ausdruck, daß der Produktionswert in der staatlichen Industrie ungefähr 61 % des Gesamtproduktionswertes betragen wird. Nach dem Plan soll die Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie um 6,5 % wachsen. Beabsichtigt ist, neue Produktionszweige aufzunehmen, u.a. den Bau von Lastkraftwagen, Fahrzeugen für Autobusse, Werkzeugmaschinen sowie die Herstellung bestimmter elektrotechnischer und chemischer Artikel.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der Produktion und des Fertigwarensortiments geht die Errichtung weiterer Betriebe und neuer Abteilungen in den bestehenden Betrieben. Insbesondere ist die Inbetriebnahme von zwei Kraftwerken, sechs chemischen Fabriken, zwei Hochöfen, drei Martinöfen, vier Keramikfabriken, vier Wollkammereien, drei Konfektionsfabriken, einer Gerberei, einer Papier- und Zellstofffabrik, eines Zementwerkes und von Papiermaschinen- und Elektromaschinenfabriken vorgesehen.

Die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsunternehmen dürften im laufenden Jahr einen um annähernd die Hälfte höheren Umsatz erzielen. Während das staatliche und genossenschaftliche Großhandelsnetz 4800 Zweigstellen umfassen wird (48 % mehr als im Vorjahr), soll das Kleinhandelsnetz im Vergleich zu 1948 um ein Drittel erweitert werden. 1948 betrugen die Investitionen für den Handel 10 Mrd. Zloty; in diesem Jahr sollen hierfür 16 Mrd. Zloty aufgewendet werden.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Berliner Warenzeichen. Zur Unterstützung des Berliner Exportes und zur Werbung für die Berliner Wirtschaft werden in Zukunft alle für den Westen bestimmten Warensendungen mit einem neuen Berliner Herkunftszeichen versehen. Das neue Warenzeichen zeigt den Berliner Bär, der eine Eisenfessel zerbricht und die Umschrift "hergestellt im blockierten Berlin" trägt.

Die Welt vom 24. März 1949

No. 98

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Währungsumstellung. Am Samstag findet von der SED eine Massendemonstration Unter den Linden statt, auf der sich der Berliner Vorsitzende der SED, JENDRETZKY, gegen das "Währungsverbrechen" wenden wird. Die Kundgebung soll für "einheitliche Währung und Versorgung" der Hauptstadt eintreten. Jendretzky erklärte, den Bewohnern der Westsektoren dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, beim Einkauf innerhalb des Ostsektors einen Vorzug zu genießen. Er sei darüber unterrichtet, daß eine neue Klebmark, wie bereits bei der ersten Währungsreform, eingeführt werde. Westberliner dürften am Umtausch nicht teilnehmen. Die Funktioneäre müßten Verständnis für die augenblickliche sich oft widersprechende Politik haben. Es müsse alles vermieden werden, was eine Panikstimmung aufkommen lassen könnte.

Eisenbahner der Berliner Westsektoren haben am Dienstag auf mehreren Kundgebungen dagegen protestiert, daß ihnen die Gehälter ausschließ-lich in Ostmark ausbezahlt werden. Die Eisenbahner drohten mit Streik, falls die Eisenbahndirektion, die der russischen Militärverwaltung untersteht, es ablehnen sollte, Zertifikate für den Umtausch von Ostmark in Westmark auszugeben.

Allgem. Ztg. vom 24. März 1949

Deutsche Regierung. Informierte Kreise der SED gaben bekannt, daß die Ablehnung der Volksrat-Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung mit westdeutschen Politikern in Braunschweig die Handhabe biete, eine "deutsche Regierung" mit Sitz im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu bilden.

Hierin wird das folgerichtige Ergebnis der SED-Politik erolickt, die zu der Annahme der Verfassung durch den Volksrat führte. Gegen diesen Plan bestünden indessen Bedenken der Ost-CDU und der Ost-LDP, die die Ansicht vertreten sollen, der Verfassungsentwurf bedürfe für seine Ausdehnung auf ganz Deutschland erheblicher Abänderungen.

Die Neue Ztg. vom 24. März 49

Polens Wirtschaftsplan 1949. Er erstrebt eine Steigerung des Produktionswertes der staatlichen Industrie um über 15 % auf 16,1 Mrd. Zloty. Die fortschreitende Industrialisierung kommt darin zum Ausdruck, daß der Produktionswert in der staatlichen Industrie ungefähr 61 % des Gesamtproduktionswertes betragen wird. Nach dem Plan soll die Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie um 5,5 % wachsen. Beabsichtigt ist neue Produktionszweige aufzunehmen, u.a. den Bau von Lastkraftwagen, Fahrzeugstellen für Autobusse, Werkzeugmaschinen sowie die Herstellung bestimmter elektrotechnischer und chemischer Artikel.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der Produktion und des Fertigwarensortiments geht die Errichtung weiterer Betriebe und neuer Abteilungen in den bestehenden Betrieben. Insbesondere ist die Inbetriebnahme von zwei Kraftwerken, sechs chemischen Fabriken, zwei Hochofen, drei Martinöfen, vier Keramikfabriken, vier Wollkammereien, drei Konfektionsfabriken, einer Gerberei, einer Papier- und Zellstoffabrik, eines Zementwerkes und von Papiermaschinen- und Elektromaschinenfabriken vorgesehen. Die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsunternehmen dürften im laufenden Jahr einen um annähernd die Hälfte höheren Umsatz erzielen. Während das staatliche und genossenschaftliche Großhandelsnetz 4800 Zweigstellen umfassen wird (48 % mehr als im Vorjahr), soll das Kleinhandelsnetz im Vergleich zu 1948 um ein Drittel erweitert werden. 1948 betrugen die Investitionen für den Handel 10 Mrd. Zloty; in diesem Jahr sollen hierfür 16 Mrd. Zloty aufgewendet werden.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Berliner Warenzeichen. Zur Unterstützung des Berliner Exportes und zur Werbung für die Berliner Wirtschaft werden in Zukunft alle für den Wes bestimmten Warensendungen mit einem neuen Berliner Herkunftszeichen versehen. Das neue Warenzeichen zeigt den Berliner Bär, der eine Eisenfessel zerbricht und die Umschrift "hergestellt im blockierten Berlin" trägt.

Die Welt vom 24. März 1949

No. 98

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Währungsumstellung. Am Samstag findet von der SED eine Massendemonstration unter den Linden statt, auf der sich der Berliner Vorsitzende der SED, JENDRETZKY, gegen das "Währungsverbrechen" wenden wird. Die Kundgebung soll für "einheitliche Währung und Versorgung" der Hauptstadt eintreten. Jendretzky erklärte, den Bewohnern der Westsektoren dürfe nicht die Möglichkeit gegeben werden, beim Einkauf innerhalb des Ostsektors einen Vorzug zu genießen. Er sei darüber unterrichtet, daß eine neue Klebmark, wie bereits bei der ersten Währungsreform, eingeführt werde. Westberliner dürften am Umtausch nicht teilnehmen. Die Funktionäre müßten Verständnis für die augenblickliche sich oft widersprechende Politik haben. Es müsse alles vermieden werden, was eine Panikstimmung aufkommen lassen könnte.

Eisenbahner der Berliner Westsektoren haben am Dienstag auf mehreren Kundgebungen dagegen protestiert, daß ihnen die Gehälter ausschließlich in Ostmark ausbezahlt werden. Die Eisenbahner drohten mit Streik, falls die Eisenbahndirektion, die der russischen Militärverwaltung untersteht, es ablehnen sollte, Zertifikate für den Umtausch von Ostmark in Westmark auszugeben.

Allgem. Ztg. vom 24. März 1949

Deutsche Regierung. Informierte Kreise der SED gaben bekannt, daß die Ablehnung der Volksrat-Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung mit westdeutschen Politikern in Braunschweig die Handhabe biete, eine "deutsche Regierung" mit Sitz im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu bilden.

Hierin wird das folgerichtige Ergebnis der SED-Politik erolickt, die zu der Annahme der Verfassung durch den Volksrat führte. Gegen diesen Plan bestünden indessen Bedenken der Ost-CDU und der Ost-LDP, die die Ansicht vertreten sollen, der Verfassungsentwurf bedürfe für seine Ausdehnung auf ganz Deutschland erheblicher Abänderungen.

Die Neue Ztg. vom 24. März 49

Polens Wirtschaftsplan 1949. Er erstrebt eine Steigerung des Produktionswertes der staatlichen Industrie um über 15 % auf 16,1 Mrd. Zloty. Die fortschreitende Industrialisierung kommt darin zum Ausdruck, daß der Produktionswert in der staatlichen Industrie ungefähr 61 % des Gesamtproduktionswertes betragen wird. Nach dem Plan soll die Arbeitsproduktivität in der gesamten Industrie um 6,5 % wachsen. Beabsichtigt ist, neue Produktionszweige aufzunehmen, u.a. den Bau von Lastkraftwagen, Fahrzeugstellen für Autobusse, Werkzeugmaschinen sowie die Herstellung bestimmter elektrotechnischer und chemischer Artikel.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der Produktion und des Fertigwarensortiments geht die Errichtung weiterer Betriebe und neuer Abteilungen in den bestehenden Betrieben. Insbesondere ist die Inbetriebnahme von zwei Kraftwerken, sechs chemischen Fabriken, zwei Hochöfen, drei Martinöfen, vier Keramikfabriken, vier Wollkammereien, drei Konfektionsfabriken, einer Gerberei, einer Papier- und Zellstoffabrik, eines Zementwerkes und von Papiermaschinen- und Elektromaschinenfabriken vorgesehen.

Die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsunternehmen dürften im laufenden Jahr einen um annähernd die Hälfte höheren Umsatz erzielen.

Während das staatliche und genossenschaftliche Großhandelsnetz 4800 Zweigstellen umfassen wird (48 % mehr als im Vorjahr), soll das Kleinhandelsnetz im Vergleich zu 1948 um ein Drittel erweitert werden.

1948 betrugen die Investitionen für den Handel 10 Mrd. Zloty; in diesem Jahr sollen hierfür 16 Mrd. Zloty aufgewendet werden.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Berliner Warenzeichen. Zur Unterstützung des Berliner Exportes und zur Werbung für die Berliner Wirtschaft werden in Zukunft alle für den West bestimmten Warensendungen mit einem neuen Berliner Herkunftszeichen versehen. Das neue Warenzeichen zeigt den Berliner Bär, der eine Eisenfessel zerbricht und die Umschrift "hergestellt im blockierten Berlin" trägt.

Die Welt vom 24. März 1949

No. 99

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Rohstoffmangel. Der Leiter der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel bei der DWK, ORLOPP, hat erklärt, die Wirtschaft der Ostzone sei nicht lebensfähig, wenn ihre Verbindung zum Auslande abgeschnitten würde. Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Kraftfahrzeuge könnten vorläufig nicht serienmäßig hergestellt werden, da es vor allem an den nötigen Rohstoffen fehle.

Allgem. Ztg. vom 25. März 1949

Stimmungsbericht aus der Ostzone. Von einer Währungsreform ist in der Ostzone nichts zu spüren. Der eingleisige Schienenstrang prägt auch den politischen Alltag der Ostzonenländer. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Tritt sie vereinzelt auf, ist sie bedingt durch vorübergehenden Rohstoffmangel, hervorgerufen durch Blockade, Transitsperre und ungünstige Witterung. Lebens- und volkspolitisch wichtige Werke werden von der SU oder auf ihren "Wunsch" von Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien versorgt. - Nahezu alle großen Betriebe, von der Textilindustrie über Eisengießereien bis zu den Walzwerken und Hochöfen sind landeseigen oder durch die Besatzungsmacht in SAG's umgewandelt. Die DWK plant, von Rostock und Warnemünde Handelsseefahrtslinien und Verkehr mit Belgien und Holland aufzunehmen. Der andere Im- und Export soll über die Tschechoslowakei nach West- und Südosteuropa gelangen. - Die "Verkonsumierung" der mittleren und kleineren Betriebe und Geschäfte macht rasche Fortschritte. Seit wenigen Wochen gibt es keine Kredite für Privatbetriebe mehr. Die geliehenen Gelder müssen an die staatlichen Banken kurzfristig zurückgezahlt werden. Die Folge ist in den meisten Fällen Liquidation oder direkte Abhängigkeit von landeseigenen Werken, die "helfend" in die Bresche springen. - Die Rote Armee zeigt heute fast preußischen Drill. Fast alle Offiziere und viele Soldaten sprechen Deutsch. Eigenmächtige Übergriffe kommen kaum noch vor. -

Die Bevölkerung kritisiert heftig Amerikaner und Engländer. In vielen Fällen, vorwiegend in intellektuellen Kreisen, schlägt die anhaltende Enttäuschung in Ablehnung und Haß gegen den Westen um. - So wie die Presse und Rundfunk im Zeitgeschehen völlig einseitig orientiert sind, sind es auch Film und Wochenschau. - Beachtliche Fortschritte der politischen "Umerziehung" zur Ideologie des Ostens sind bei jungen Menschen festzustellen, die in der FDJ organisiert und 15 bis 21 Jahre alt sind.

Die Welt vom 24. März 1949

Flüchtlingsproblem. In einem Interview mit Min.Präs. Max SEYDEWITZ über die Flüchtlingsfrage, erklärte dieser, daß dieses Problem in der Ostzone sehr gut gelöst worden sei. Es müßten fünf Mill. "Umsiedler" aufgenommen werden, und es gibt heute keine Lager mehr. Den Heimatvertriebenen wurde großzügige Unterstützung gewährt und sie bekamen sehr schnell Privatquartiere. Die Flüchtlinge sind in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen, ohne daß sich noch ein Unterschied spüren läßt. "Die allgemeine Notlage des deutschen Volkes erfordert, will man sie meistern, eben besondere harte Maßnahmen. Man mag diese Eingriffe bolschewistisch nennen, ich nenne sie einfach notwendig", erklärte Seydewitz und weist darauf hin, daß man den Flüchtlingen Siedlungsstellen aus dem Fundus der Bodenreform geschaffen hat, daß man Möbel für sie beschlagnahmt und Arbeitsstellen erwungen hat. "Ich weiß, daß in der Ostzone heute noch Vieles zu wünschen übrig läßt, daß große Teile der Bevölkerung unzufrieden sind. Wenn jedoch der Zweijahresplan erfüllt wird, werden die Lebensbedingungen gut sein, dann wird die Ostzone aus eigener Kraft und ohne Schulden bei fremden Mächten eine normale Friedenswirtschaft erreicht haben. Die Bevölkerung wird unsere Maßnahmen verstehen lernen und mit uns eins sein".

Süddt. Ztg. vom 24. März 1949

Ein neues Walzwerk entsteht zur Zeit in der ehemaligen Lokomotivwerkstatt des Reichsbahnausbesserungswerkes Kirchmöser. An den Bauarbeiten sind mehrere Betriebe aus Brandenburg (Havel) beteiligt. Zwei Walzstraßen trafen aus der SU ein.

Wirtschaftsrev. vom 25. März 1949

No. 99

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Rohstoffmangel. Der Leiter der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel bei der DWK, ORLOPP, hat erklärt, die Wirtschaft der Ostzone sei nicht lebensfähig, wenn ihre Verbindung zum Auslande abgeschnitten würde. Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Kraftfahrzeuge könnten vorläufig nicht serienmäßig hergestellt werden, da es vor allem an den nötigen Rohstoffen fehle.

Allgem. Ztg. vom 25. März 1949

Stimmungsbericht aus der Ostzone. Von einer Währungsreform ist in der Ostzone nichts zu spüren. Der eingleisige Schienenstrang prägt auch den politischen Alltag der Ostzonenländer. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Tritt sie vereinzelt auf, ist sie bedingt durch vorübergehenden Rohstoffmangel, hervorgerufen durch Blockade, Transitsperre und ungünstige Witterung. Lebens- und volkspolitisch wichtige Werke werden von der SU oder auf ihren "Wunsch" von Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien versorgt. - Nahezu alle großen Betriebe, von der Textilindustrie über Eisengießereien bis zu den Walzwerken und Hochöfen sind landeseigen oder durch die Besatzungsmacht in SAG's umgewandelt. Die DWK plant, von Rostock und Warnemünde Handelsseefahrtslinien und Verkehr mit Belgien und Holland aufzunehmen. Der andere Im- und Export soll über die Tschechoslowakei nach West- und Südosteuropa gelangen. - Die "Verkonsumierung" der mittleren und kleineren Betriebe und Geschäfte macht rasche Fortschritte. Seit wenigen Wochen gibt es keine Kredite für Privatbetriebe mehr. Die geliehenen Gelder müssen an die staatlichen Banken kurzfristig zurückgezahlt werden. Die Folge ist in den meisten Fällen Liquidation oder direkte Abhängigkeit von landeseigenen Werken, die "helfend" in die Bresche springen. - Die Rote Armee zeigt heute fast preußischen Drill. Fast alle Offiziere und viele Soldaten sprechen Deutsch. Eigenmächtige Übergriffe kommen kaum noch vor. -

Die Bevölkerung kritisiert heftig Amerikaner und Engländer. In vielen Fällen, vorwiegend in intellektuellen Kreisen, schlägt die anhaltende Enttäuschung in Ablehnung und Haß gegen den Westen um. - So wie die Presse und Rundfunk im Zeitgeschehen völlig einseitig orientiert sind, sind es auch Film und Wochenschau. - Beachtliche Fortschritte der politischen "Umerziehung" zur Ideologie des Ostens sind bei jungen Menschen festzustellen, die in der FDJ organisiert und 15 bis 21 Jahre alt sind.

Die Welt vom 24. März 1949

Flüchtlingsproblem. In einem Interview mit Min.Präs. Max SEYDEWITZ über die Flüchtlingsfrage, erklärte dieser, daß dieses Problem in der Ostzone sehr gut gelöst worden sei. Es mußten fünf Mill. "Umsiedler" aufgenommen werden, und es gibt heute keine Lager mehr. Den Heimatvertriebenen wurde großzügige Unterstützung gewährt und sie bekamen sehr schnell Privatquartiere. Die Flüchtlinge sind in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen, ohne daß sich noch ein Unterschied spüren läßt. "Die allgemeine Notlage des deutschen Volkes erfordert, will man sie meistern, eben besondere harte Maßnahmen. Man mag diese Eingriffe bolschewistisch nennen, ich nenne sie einfach notwendig", erklärte Seydewitz und weist darauf hin, daß man den Flüchtlingen Siedlungsstellen aus dem Fundus der Bodenreform geschaffen hat, daß man Möbel für sie beschlagnahmt und Arbeitsstellen erwungen hat. "Ich weiß, daß in der Ostzone heute noch Vieles zu wünschen übrig läßt, daß große Teile der Bevölkerung unzufrieden sind. Wenn jedoch der Zweijahresplan erfüllt wird, werden die Lebensbedingungen gut sein, dann wird die Ostzone aus eigener Kraft und ohne Schulden bei fremden Mächten eine normale Friedenswirtschaft erreicht haben. Die Bevölkerung wird unsere Maßnahmen verstehen lernen und mit uns eins sein".

Süddt. Ztg. vom 24. März 1949

Ein neues Walzwerk entsteht zur Zeit in der ehemaligen Lokomotivwerkstatt des Reichsbahnausbesserungswerkes Kirchmöser. An den Bauarbeiten sind mehrere Betriebe aus Brandenburg (Havel) beteiligt. Zwei Walzstraßen trafen aus der SU ein.

Wirtschaftsrev. vom 25. März 1949

No. 99

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Rohstoffmangel. Der Leiter der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel bei der DWK, ORLOPP, hat erklärt, die Wirtschaft der Ostzone sei nicht lebensfähig, wenn ihre Verbindung zum Auslande abgeschnitten würde. Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Kraftfahrzeuge könnten vorläufig nicht serienmäßig hergestellt werden, da es vor allem an den nötigen Rohstoffen fehle.

Allgem. Ztg. vom 25. März 1949

Stimmungsbericht aus der Ostzone. Von einer Währungsreform ist in der Ostzone nichts zu spüren. Der eingleisige Schienenstrang prägt auch den politischen Alltag der Ostzonenländer. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Tritt sie vereinzelt auf, ist sie bedingt durch vorübergehenden Rohstoffmangel, hervorgerufen durch Blockade, Transitsperre und ungünstige Witterung. Lebens- und volkspolitisch wichtige Werke werden von der SU oder auf ihren "Wunsch" von Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien versorgt. - Nahezu alle großen Betriebe, von der Textilindustrie über Eisengießereien bis zu den Walzwerken und Hochöfen sind landeseigen oder durch die Besatzungsmacht in SAG's umgewandelt. Die DWK plant, von Rostock und Warnemünde Handelsseefahrtslinien und Verkehr mit Belgien und Holland aufzunehmen. Der andere Im- und Export soll über die Tschechoslowakei nach West- und Südosteuropa gelangen. - Die "Verkonsumierung" der mittleren und kleineren Betriebe und Geschäfte macht rasche Fortschritte. Seit wenigen Wochen gibt es keine Kredite für Privatbetriebe mehr. Die geliehenen Gelder müssen an die staatlichen Banken kurzfristig zurückgezahlt werden. Die Folge ist in den meisten Fällen Liquidation oder direkte Abhängigkeit von landeseigenen Werken, die "helfend" in die Bresche springen. - Die Rote Armee zeigt heute fast preußischen Drill. Fast alle Offiziere und viele Soldaten sprechen Deutsch. Eigenmächtige Übergriffe kommen kaum noch vor. -

Die Bevölkerung kritisiert heftig Amerikaner und Engländer. In vielen Fällen, vorwiegend in intellektuellen Kreisen, schlägt die anhaltende Enttäuschung in Ablehnung und Haß gegen den Westen um. - So wie die Presse und Rundfunk im Zeitgeschehen völlig einseitig orientiert sind, sind es auch Film und Wochenschau. - Beachtliche Fortschritte der politischen "Umerziehung" zur Ideologie des Ostens sind bei jungen Menschen festzustellen, die in der PDJ organisiert und 15 bis 21 Jahre alt sind.

Die Welt vom 24. März 1949

Flüchtlingsproblem. In einem Interview mit Min.Präs. Max SEYDEWITZ über die Flüchtlingsfrage erklärte dieser, daß dieses Problem in der Ostzone sehr gut gelöst worden sei. Es müßten fünf Mill. "Umsiedler" aufgenommen werden, und es gibt heute keine Lager mehr. Den Heimatvertriebenen wurde großzügige Unterstützung gewährt und sie bekamen sehr schnell Privatquartiere. Die Flüchtlinge sind in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen, ohne daß sich noch ein Unterschied spüren läßt. "Die allgemeine Notlage des deutschen Volkes erfordert, will man sie meistern, eben besondere harte Maßnahmen. Man mag diese Eingriffe bolschewistisch nennen, ich nenne sie einfach notwendig", erklärte Seydewitz und weist darauf hin, daß man den Flüchtlingen Siedlungsstellen aus dem Fundus der Bodenreform geschaffen hat, daß man Möbel für sie beschlagnahmt und Arbeitsstellen erzwingen hat. "Ich weiß, daß in der Ostzone heute noch Vieles zu wünschen übrig läßt, daß große Teile der Bevölkerung unzufrieden sind. Wenn jedoch der Zweijahresplan erfüllt wird, werden die Lebensbedingungen gut sein, dann wird die Ostzone aus eigener Kraft und ohne Schulden bei fremden Mächten eine normale Friedenswirtschaft erreicht haben. Die Bevölkerung wird unsere Maßnahmen verstehen lernen und mit uns eins sein".

Städt. Ztg. vom 24. März 1949

Ein neues Walzwerk entsteht zur Zeit in der ehemaligen Lokomotivwerkstatt des Reichsbahnausbesserungswerkes Kirchmöser. An den Bauarbeiten sind mehrere Betriebe aus Brandenburg (Havel) beteiligt. Zwei Walzstraßen trafen aus der SU ein.

Wirtschaftsrev. vom 25. März 1949

No. 99

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Rohstoffmangel. Der Leiter der Hauptverwaltung für Interzonen- und Außenhandel bei der DWK, ORLOPP, hat erklärt, die Wirtschaft der Ostzone sei nicht lebensfähig, wenn ihre Verbindung zum Auslande abgeschnitten würde. Die auf der Leipziger Messe ausgestellten Kraftfahrzeuge könnten vorläufig nicht serienmäßig hergestellt werden, da es vor allem an den nötigen Rohstoffen fehle.

Allgem. Ztg. vom 25. März 1949

Stimmungsbericht aus der Ostzone. Von einer Währungsreform ist in der Ostzone nichts zu spüren. Der eingleisige Schienenstrang prägt auch den politischen Alltag der Ostzonenländer. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Tritt sie vereinzelt auf, ist sie bedingt durch vorübergehenden Rohstoffmangel, hervorgerufen durch Blockade, Transitsperre und ungünstige Witterung. Lebens- und volkspolitisch wichtige Werke werden von der SU oder auf ihren "Wunsch" von Polen, der Tschechoslowakei und Bulgarien versorgt. - Nahezu alle großen Betriebe, von der Textilindustrie über Eisengießereien bis zu den Walzwerken und Hochöfen sind landeseigen oder durch die Besatzungsmacht in SAG's umgewandelt. Die DWK plant, von Rostock und Warnemünde Handelsseefahrtslinien und Verkehr mit Belgien und Holland aufzunehmen. Der andere Im- und Export soll über die Tschechoslowakei nach West- und Südosteuropa gelangen. - Die "Verkonsumierung" der mittleren und kleineren Betriebe und Geschäfte macht rasche Fortschritte. Seit wenigen Wochen gibt es keine Kredite für Privatbetriebe mehr. Die geliehenen Gelder müssen an die staatlichen Banken kurzfristig zurückgezahlt werden. Die Folge ist in den meisten Fällen Liquidation oder direkte Abhängigkeit von landeseigenen Werken, die "helfend" in die Bresche springen. - Die Rote Armee zeigt heute fast preußischen Drill. Fast alle Offiziere und viele Soldaten sprechen Deutsch. Eigenmächtige Übergriffe kommen kaum noch vor. -

Die Bevölkerung kritisiert heftig Amerikaner und Engländer. In vielen Fällen, vorwiegend in intellektuellen Kreisen, schlägt die anhaltende Enttäuschung in Ablehnung und Haß gegen den Westen um. - So wie die Presse und Rundfunk im Zeitgeschehen völlig einseitig orientiert sind, sind es auch Film und Wochenschau. - Beachtliche Fortschritte der politischen "Umerziehung" zur Ideologie des Ostens sind bei jungen Menschen festzustellen, die in der FDJ organisiert und 15 bis 21 Jahre alt sind.

Die Welt vom 24. März 1949

Flüchtlingsproblem. In einem Interview mit Min.Präs. Max SEYDEWITZ über die Flüchtlingsfrage erklärte dieser, daß dieses Problem in der Ostzone sehr gut gelöst worden sei. Es müßten fünf Mill. "Umsiedler" aufgenommen werden, und es gibt heute keine Lager mehr. Den Heimatvertriebenen wurde großzügige Unterstützung gewährt und sie bekamen sehr schnell Privatquartiere. Die Flüchtlinge sind in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen, ohne daß sich noch ein Unterschied spüren läßt. "Die allgemeine Notlage des deutschen Volkes erfordert, will man sie meistern, eben besondere harte Maßnahmen. Man mag diese Eingriffe bolschewistisch nennen, ich nenne sie einfach notwendig", erklärte Seydewitz und weist darauf hin, daß man den Flüchtlingen Siedlungsstellen aus dem Fundus der Bodenreform geschaffen hat, daß man Möbel für sie beschlagnahmt und Arbeitsstellen erzwungen hat. "Ich weiß, daß in der Ostzone heute noch Vieles zu wünschen übrig läßt, daß große Teile der Bevölkerung unzufrieden sind. Wenn jedoch der Zweijahresplan erfüllt wird, werden die Lebensbedingungen gut sein, dann wird die Ostzone aus eigener Kraft und ohne Schulden bei fremden Mächten eine normale Friedenswirtschaft erreicht haben. Die Bevölkerung wird unsere Maßnahmen verstehen lernen und mit uns eins sein".

Süddt. Ztg. vom 24. März 1949

Ein neues Walzwerk entsteht zur Zeit in der ehemaligen Lokomotivwerkstatt des Reichsbahnausbesserungswerkes Kirchmöser. An den Bauarbeiten sind mehrere Betriebe aus Brandenburg (Havel) beteiligt. Zwei Walzstraßen trafen aus der SU ein.

Wirtschaftsrev. vom 25. März 1949

No. 100

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Umtausch der Ostmark? Vor einigen Tagen war im Ostsektor eine fieberhafte Tätigkeit zu beobachten. Unter starker Bewachung setzte sich eine 65 Fahrzeuge umfassende Lastkraftwagen-Kolonne aus Karlshorst nach verschiedenen Richtungen in Bewegung. Kraftfahrer und Wagenbegleiter waren angewiesen worden, sich für drei Tage mit Proviant zu versorgen. Sämtliche Teilnehmer wurden über den Zweck der Aktion zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.

Dieser Transport hat Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß in Kürze neue Ostgeldscheine ausgegeben würden, da auch vor der ersten Geldreform eine Kolonne von 65 Lastkraftwagen aus Karlshorst abgefahren sei, um aus Sachsen die dort gedruckten Banknoten abzuholen.

Wie der West-Berliner Währungssachverständige Dr. TROST erklärte, bestehe nach seinen Informationen die Absicht, den Ostmarkumlauf von 4,1 Milliarden auf 2,3 Milliarden herabzusetzen. In welcher Form diese Maßnahme vor sich gehen solle, sei noch nicht bekannt. Sicher scheine jedoch, daß in Leipzig neue Noten gedruckt worden seien und noch gedruckt würden. Gerüchte von einem bevorstehenden Ostmarkumtausch haben in Betrieben der Ostzone dazu geführt, daß zahlreiche Waren gehortet werden. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Stadtrats für Banken und Versicherungen des Ostmagistrats, BULLERJAHN, der erklärte, Oberst Jelisarow habe an die Inspektionen der Markgrafpolizei eine Anordnung erteilt, nach der von sofort an sämtliche Kontrollen der Brieftaschen nach Westgeld unterbleiben sollten. Die Westmark sei eine von den Alliierten eingeführte internationale Währung. Die Pressestelle der Ostsektorenpolizei teilt dagegen mit, der Befehl Nr. 111 des Marschalls Sokolowski, nach dem das Westgeld in Ostberlin verboten sei, sei weiterhin in Kraft.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Kabelsorgen der Ostzone. Die DWK ließ durchblicken, daß sie mit ihrer Gebührenforderung an die amerikanische und die britische Mil.Reg. für die Abnutzung der Nachrichtenverbindungen von Berlin nach Westdeutschland keine "starre Devisenforderung" habe stellen wollen. Sie sei bereit, über "Kompensationslieferungen" zu verhandeln. Dieser neue Weg soll den Kommunisten offensichtlich dazu verhelfen, sich dringend benötigtes Kabelmaterial zu beschaffen.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Weiterer Situationsbericht. "Wer das Sperrgebiet im Erzgebirge unerlaubt betritt oder verläßt, ist reif für Sibirien". Dort arbeiten 40 bis 60000 Menschen in den Bergwerken der SAC "Wismut". Vor kurzem noch sperrten Schlagbäume alle Zufahrtsstraßen. - Bergarbeiter erzählen: Anfänglich wurden Arbeiter für den Bergbau von den Arbeitsämtern zwangsverpflichtet. Heute arbeiten die meisten Kumpels freiwillig, denn die Verpflegung ist die beste der Ostzone, außerdem gibt es Naturalprämien in Textilien, Schnaps und Zigaretten. - "Mein Verdienst steigerte sich sprunghaft: 325 Mark, ... 978 Mark". - Die Jungarbeiter haben sich zu einer Jugendbrigade zusammengeschlossen und stehen in dauerndem Wettstreit und streben die Arbeitsnorm.

Es wird in Wechselschichten Tag und Nacht, auch über den Sonntag gearbeitet. Die Berzleute besitzen keine Personalausweise, Urlaubsscheine berechnen zum Verlassen des Bergbaugebietes. - Ein Steiger aus dem Zwickauer Kohlengbiet äußerte: "Das Schlimmste ist, daß bei dieser Eile mit völlig unzureichenden Mitteln, ohne Schachtaufzüge und Ventilation und mit viel zu wenig Fachleuten gearbeitet wird. Täglich kommt es zu Wassereinbrüchen und zum Einsturz von Stollen. Bis die ungelerten Bergungskommandos zu den Bergungsstellen vordringen, sind die Kumpels meist schon tot."

40 000 Menschen sind nach vorsichtiger Schätzung seit Kriegsende in der Ostzone verschwunden. Die Russen halten sich überall im Hintergrund, aber die Unberechenbarkeit ihrer plötzlichen Maßnahmen liegt wie ein Alp über der Bevölkerung. Die Menschen leben in einem dauernden Angstzustand. Diese Furcht ist das Operationsmittel der SED. Wer nicht pariert, wird den Russen gemeldet als Nazi oder Kriegsverbrecher, Saboteur oder Westspion. -

Die Säuglingssterblichkeit beträgt nahezu 35 ‰. Eine Reihenuntersuchung von 780 Schulkindern ergab, daß 87 ‰ unterernährt und 70 ‰ tuberkulös sind. Einen Viertel Liter Milch erhalten nur Kleinkinder bis zu 15 Monaten.

Süddt. Ztg. vom 26. März 1949

No. 100

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Umtausch der Ostmark? Vor einigen Tagen war im Ostsektor eine fieberhafte Tätigkeit zu beobachten. Unter starker Bewachung setzte sich eine 65 Fahrzeuge umfassende Lastkraftwagen-Kolonnie aus Karlshorst nach verschiedenen Richtungen in Bewegung. Kraftfahrer und Wagenbegleiter waren angewiesen worden, sich für drei Tage mit Proviant zu versorgen. Sämtliche Teilnehmer wurden über den Zweck der Aktion zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.

Dieser Transport hat Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß in Kürze neue Ostgeldscheine ausgegeben wurden, da auch vor der ersten Geldreform eine Kolonne von 65 Lastkraftwagen aus Karlshorst abgefahren sei, um aus Sachsen die dort gedruckten Banknoten abzuholen.

Wie der West-Berliner Währungssachverständige Dr. TROST erklärte, bestehe nach seinen Informationen die Absicht, den Ostmarkumlauf von 4,1 Milliarden auf 2,3 Milliarden herabzusetzen. In welcher Form diese Maßnahme vor sich gehen solle, sei noch nicht bekannt. Sicher scheine jedoch, daß in Leipzig neue Noten gedruckt worden seien und noch gedruckt würden. Gerüchte von einem bevorstehenden Ostmarkumtausch haben in Betrieben der Ostzone dazu geführt, daß zahlreiche Waren gehortet werden. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Stadtrats für Banken und Versicherungen des Ostmagistrats, BULLERJAHN, der erklärte, Oberst Jelisarow habe an die Inspektionen der Markgrafpolizei eine Anordnung erlassen, nach der von sofort an sämtliche Kontrollen der Brieftaschen nach Westgeld unterbleiben sollten. Die Westmark sei eine von den Alliierten eingeführte internationale Währung. Die Pressestelle der Ostsektorenpolizei teilt dagegen mit, der Befehl Nr. 111 des Marschalls Sokolowski, nach dem das Westgeld in Ostberlin verboten sei, sei weiterhin in Kraft.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Kabelsorgen der Ostzone. Die DWK ließ durchblicken, daß sie mit ihrer Gebührenforderung an die amerikanische und die britische Mil.Reg. für die Abnutzung der Nachrichtenverbindungen von Berlin nach Westdeutschland keine "starre Devisenforderung" habe stellen wollen. Sie sei bereit, über "Kompensationslieferungen" zu verhandeln. Dieser neue Weg soll den Kommunisten offensichtlich dazu verhelfen, sich dringend benötigtes Kabelmaterial zu beschaffen.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Weiterer Situationsbericht. "Wer das Sperrgebiet im Erzgebirge unerlaubt betritt oder verläßt, ist reif für Sibirien". Dort arbeiten 40 bis 60000 Menschen in den Bergwerken der SAC "Wismut". Vor kurzem noch sperrten Schlagbäume alle Zufahrtsstraßen. - Bergarbeiter erzählen: Anfänglich wurden Arbeiter für den Bergbau von den Arbeitsämtern zwangsverpflichtet. Heute arbeiten die meisten Kumpels freiwillig, denn die Verpflegung ist die beste der Ostzone, außerdem gibt es Naturalprämien in Textilien, Schnaps und Zigaretten. - "Mein Verdienst steigerte sich sprunghaft: 325 Mark, ... 978 Mark". - Die Jungarbeiter haben sich zu einer Jugendbrigade zusammengeschlossen und stehen in dauerndem Wettstreit und steigern die Arbeitsnorm.

Es wird in Wechselschichten Tag und Nacht, auch über den Sonntag gearbeitet. Die Bergleute besitzen keine Personalausweise, Urlaubsscheine berechtigen zum Verlassen des Bergbaubereiches. - Ein Steiger aus dem Zwickauer Kohlengraben äußerte: "Das Schlimmste ist, daß bei dieser Eile mit völlig unzureichenden Mitteln, ohne Schachtaufzüge und Ventilation und mit viel zu wenig Fachleuten gearbeitet wird. Täglich kommt es zu Wassereintritten und zum Einsturz von Stollen. Bis die ungelernten Bergungskommandos zu den Bergungsstellen vordringen, sind die Kumpels meist schon tot."

40 000 Menschen sind nach vorsichtiger Schätzung seit Kriegsende in der Ostzone verschwunden. Die Russen halten sich überall im Hintergrund, aber die Unberechenbarkeit ihrer plötzlichen Maßnahmen liegt wie ein Alp über der Bevölkerung. Die Menschen leben in einem dauernden Angstzustand. Diese Furcht ist das Operationsmittel der SED. Wer nicht pariert, wird den Russen gemeldet als Nazi oder Kriegsverbrecher, Saboteur oder Westspion. -

Die Säuglingssterblichkeit beträgt nahezu 35 ‰. Eine Reihenuntersuchung von 780 Schulkindern ergab, daß 87 ‰ unterernährt und 70 ‰ tuberkulös sind. Einen Viertel Liter Milch erhalten nur Kleinkinder bis zu 15 Monaten.

Süddt. Ztg. vom 26. März 1949

No. 100

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Umtausch der Ostmark? Vor einigen Tagen war im Ostsektor eine fieberhafte Tätigkeit zu beobachten. Unter starker Bewachung setzte sich eine 65 Fahrzeuge umfassende Lastkraftwagen-Kolonne aus Karlshorst nach verschiedenen Richtungen in Bewegung. Kraftfahrer und Wagenbegleiter waren angewiesen worden, sich für drei Tage mit Proviant zu versorgen. Sämtliche Teilnehmer wurden über den Zweck der Aktion zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.

Dieser Transport hat Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß in Kürze neue Ostgeldscheine ausgegeben würden, da auch vor der ersten Geldreform eine Kolonne von 65 Lastkraftwagen aus Karlshorst abgefahren sei, um aus Sachsen die dort gedruckten Banknoten abzuholen.

Wie der West-Berliner Währungssachverständige Dr. TROST erklärte, bestehe nach seinen Informationen die Absicht, den Ostmarkumlauf von 4,1 Milliarden auf 2,3 Milliarden herabzusetzen. In welcher Form diese Maßnahme vor sich gehen solle, sei noch nicht bekannt. Sicher scheine jedoch, daß in Leipzig neue Noten gedruckt worden seien und noch gedruckt würden. Gerichte von einem bevorstehenden Ostmarkumtausch haben in Betrieben der Ostzone dazu geführt, daß zahlreiche Waren gehortet werden. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Stadtrats für Banken und Versicherungen des Ostmagistrats, BULLERJAHN, der erklärte, Oberst Jelisarow habe an die Inspektionen der Markgrafpolizei eine Anordnung erlassen, nach der von sofort an sämtliche Kontrollen der Brieftaschen nach Westgeld unterbleiben sollten. Die Westmark sei eine von den Alliierten eingeführte internationale Währung. Die Pressestelle der Ostsektorenpolizei teilt dagegen mit, der Befehl Nr. 111 des Marschalls Sokolowski, nach dem das Westgeld in Ostberlin verboten sei, sei weiterhin in Kraft.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Kabelsorgen der Ostzone. Die DWK ließ durchblicken, daß sie mit ihrer Gebührenforderung an die amerikanische und die britische Mil.Reg. für die Abnutzung der Nachrichtenverbindungen von Berlin nach Westdeutschland keine "starre Devisenforderung" habe stellen wollen. Sie sei bereit, über "Kompensationslieferungen" zu verhandeln. Dieser neue Weg soll den Kommunisten offensichtlich dazu verhelfen, sich dringend benötigtes Kabelmaterial zu beschaffen.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Weiterer Situationsbericht. "Wer das Sperrgebiet im Erzgebirge unerlaubt betritt oder verläßt, ist reif für Sibirien". Dort arbeiten 40 bis 60000 Menschen in den Bergwerken der SAC "Wismut". Vor kurzem noch sperrten Schlagbäume alle Zufahrtsstraßen. - Bergarbeiter erzählen: Anfänglich wurden Arbeiter für den Bergbau von den Arbeitsämtern zwangsverpflichtet. Heute arbeiten die meisten Kumpels freiwillig, denn die Verpflegung ist die beste der Ostzone, außerdem gibt es Naturalprämien in Textilien, Schnaps und Zigaretten. - "Mein Verdienst steigerte sich sprunghaft: 325 Mark, ... 978 Mark". - Die Jungarbeiter haben sich zu einer Jugendbrigade zusammengeschlossen und stehen in dauerndem Wettstreit und steigern die Arbeitsnorm.

Es wird in Wechselschichten Tag und Nacht, auch über den Sonntag gearbeitet. Die Berleute besitzen keine Personalausweise, Urlaubsscheine berechnen sich nach dem Verlassen des Bergbaubereiches. - Ein Steiger aus dem Zwickauer Kohlengraben äußerte: "Das Schlimmste ist, daß bei dieser Eile mit völlig unzureichenden Mitteln, ohne Schachtaufzüge und Ventilation und mit viel zu wenig Fachleuten gearbeitet wird. Täglich kommt es zu Wassereinbrüchen und zum Einsturz von Stollen. Bis die ungelernten Bergungskommandos zu den Bergungsstellen vordringen, sind die Kumpels meist schon tot."

40 000 Menschen sind nach vorsichtiger Schätzung seit Kriegsende in der Ostzone verschwunden. Die Russen halten sich überall im Hintergrund, aber die Unberechenbarkeit ihrer plötzlichen Maßnahmen liegt wie ein Alp über der Bevölkerung. Die Menschen leben in einem dauernden Angstzustand. Diese Furcht ist das Operationsmittel der SED. Wer nicht pariert, wird den Russen gemeldet als Nazi oder Kriegsverbrecher, Saboteur oder Westspion. -

Die Säuglingssterblichkeit beträgt nahezu 35 ‰. Eine Reihenuntersuchung von 780 Schulkindern ergab, daß 87 ‰ unterernährt und 70 ‰ tuberkulös sind. Einen Viertel Liter Milch erhalten nur Kleinkinder bis zu 15 Monaten.

Süddt. Ztg. vom 26. März 1949

No. 100

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Umtausch der Ostmark? Vor einigen Tagen war im Ostsektor eine fieberhafte Tätigkeit zu beobachten. Unter starker Bewachung setzte sich eine 65 Fahrzeuge umfassende Lastkraftwagen-Kolonnie aus Karlshorst nach verschiedenen Richtungen in Bewegung. Kraftfahrer und Wagenbegleiter waren angewiesen worden, sich für drei Tage mit Proviant zu versorgen. Sämtliche Teilnehmer wurden über den Zweck der Aktion zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.

Dieser Transport hat Anlaß zu der Vermutung gegeben, daß in Kürze neue Ostgeldscheine ausgegeben würden, da auch vor der ersten Geldreform eine Kolonne von 65 Lastkraftwagen aus Karlshorst abgefahren sei, um aus Sachsen die dort gedruckten Banknoten abzuholen.

Wie der West-Berliner Währungssachverständige Dr. TROST erklärte, bestehe nach seinen Informationen die Absicht, den Ostmarkumlauf von 4,1 Milliarden auf 2,3 Milliarden herabzusetzen. In welcher Form diese Maßnahme vor sich gehen solle, sei noch nicht bekannt. Sicher scheine jedoch, daß in Leipzig neue Noten gedruckt worden seien und noch gedruckt würden. Gerüchte von einem bevorstehenden Ostmarkumtausch haben in Betrieben der Ostzone dazu geführt, daß zahlreiche Waren gehortet werden. Nicht uninteressant ist eine Mitteilung des Stadtrats für Banken und Versicherungen des Ostmagistrats, BULLERJAHN, der erklärte, Oberst Jelisarow habe an die Inspektionen der Markgrafpolizei eine Anordnung erlassen, nach der von sofort an sämtliche Kontrollen der Brieftaschen nach Westgeld unterbleiben sollten. Die Westmark sei eine von den Alliierten eingeführte internationale Währung. Die Pressestelle der Ostsektorenpolizei teilt dagegen mit, der Befehl Nr. 111 des Marschalls Sokolowski, nach dem das Westgeld in Ostberlin verboten sei, sei weiterhin in Kraft.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Kabelsorgen der Ostzone. Die DWK ließ durchblicken, daß sie mit ihrer Gebührenforderung an die amerikanische und die britische Mil.Reg. für die Abnutzung der Nachrichtenverbindungen von Berlin nach Westdeutschland keine "starre Devisenforderung" habe stellen wollen. Sie sei bereit, über "Kompensationslieferungen" zu verhandeln. Dieser neue Weg soll den Kommunisten offensichtlich dazu verhelfen, sich dringend benötigtes Kabelmaterial zu beschaffen.

Allgem. Ztg. vom 26./27. März 1949

Weiterer Situationsbericht. "Wer das Sperrgebiet im Erzgebirge unerlaubt betritt oder verläßt, ist reif für Sibirien". Dort arbeiten 40 bis 60000 Menschen in den Bergwerken der SAC "Wismut". Vor kurzem noch sperrten Schlagbäume alle Zufahrtsstraßen. - Bergarbeiter erzählen: Anfänglich wurden Arbeiter für den Bergbau von den Arbeitsämtern zwangsverpflichtet. Heute arbeiten die meisten Kumpels freiwillig, denn die Verpflegung ist die beste der Ostzone, außerdem gibt es Naturalprämien in Textilien, Schnaps und Zigaretten. - "Mein Verdienst steigerte sich sprunghaft: 325 Mark, ... 978 Mark". - Die Jungarbeiter haben sich zu einer Jugendbrigade zusammengeschlossen und stehen in dauerndem Wettstreit und steigern die Arbeitsnorm.

Es wird in Wechselschichten Tag und Nacht, auch über den Sonntag gearbeitet. Die Bergleute besitzen keine Personalausweise, Urlaubsscheine berechnen zu Verlassen des Bergbaugesbietes. - Ein Steiger aus dem Zwickauer Kohlengraben äußerte: "Das Schlimmste ist, daß bei dieser Eile mit völlig unzureichenden Mitteln, ohne Schachtaufzüge und Ventilation und mit viel zu wenig Fachleuten gearbeitet wird. Täglich kommt es zu Wassereinbrüchen und zum Einsturz von Stollen. Bis die ungelernten Bergungskommandos zu den Bergungsstellen vordringen, sind die Kumpels meist schon tot."

40 000 Menschen sind nach vorsichtiger Schätzung seit Kriegsende in der Ostzone verschwunden. Die Russen halten sich überall im Hintergrund, aber die Unberechenbarkeit ihrer plötzlichen Maßnahmen liegt wie ein Alp über der Bevölkerung. Die Menschen leben in einem dauernden Angstzustand. Diese Furcht ist das Operationsmittel der SED. Wer nicht pariert, wird den Russen gemeldet als Nazi oder Kriegsverbrecher, Saboteur oder Westspion. -

Die Säuglingssterblichkeit beträgt nahezu 35 ‰. Eine Reihenuntersuchung von 780 Schulkindern ergab, daß 87 ‰ unterernährt und 70 ‰ tuberkulös sind. Einen Viertel Liter Milch erhalten nur Kleinkinder bis zu 15 Monaten.

Süddt. Ztg. vom 26. März 1949

No. 101

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Das Hydrawerk Berlin, einst die größte Spezialfabrik für elektrische Kondensatoren Deutschlands, mit einer Belegschaft von 1 500 Mann in Berlin und 100 Mann im ehemaligen Tochterbetrieb Freiberg (Sachsen), wurde restlos demontiert und das Freiburger Werk enteignet. Die in den Westsektoren von Berlin liegende Fabrik mit einer Belegschaft von 400 Mann hat sich einen Maschinenpark aufgebaut, der mit etwa 30 % an den Vorkriegsstand anknüpfen kann. Hergestellt werden Papier- und Elektrolytkondensatoren für die Starkstrom-, Fernmelde- und Rundfunktechnik, sowie Hochspannungskondensatoren.

Die Sapotex-, Fettchemie- und Fewawerke in Chemnitz stellen gegenwärtig in einer Behelfsanlage monatlich 80 - 100 t "Boemotan" her, einen von ihnen entwickelten Gerbstoff. Die Erweiterung auf monatlich 300 t ist vorgesehen. Gemäß dem Zweijahrplan sollen die sogenannten Werke und das Werk Wolfen je 1 000 t jährlich herstellen. Bisher mußten rund 2 000 t Gerbstoff jährlich in die Ostzone eingeführt werden. Der Gerbstoff Boemotan, der dem vom IG-Farbenkonzern entwickelten synthetischen Gerbstoff in mannigfacher Hinsicht überlegen sein soll, kann allein und in Verbindung mit Naturgerbstoffen verwendet werden. Er garantiert eine gute Gerbgeschwindigkeit, ein vorteilhaftes Gewichtsverhältnis zwischen Rohhaut und Leder und eine hohe Gerbintensität.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

Fortgeschreitende Remilitarisierung. Aus Kreisen der Ostzoneneisenbahn wird bekannt, daß von sowjetischer Seite in starkem Maße Eisenbahnzüge für Truppentransporte angefordert werden. Nach Aussagen deutscher Transportbegleiter handelt es sich um Militärtransporte in die Räume Neubrandenburg, Neustrelitz und Mecklenburg. In diesen Gebieten sollen die großen Frühjahrsmanöver abgehalten werden.

Im Zusammenhang damit sind die Nachrichten über die zunehmende Remilitarisierung der Ostzone bemerkenswert. Neben der bewaffneten und militärisch ausgebildeten Volkspolizei werden militärische Organisationen geschaffen, die der Besatzungsmacht und der SED im Konfliktfalle zur Verfügung stehen. Als Werkschutz getarnte Organisationen, die zum Teil bereits uniformiert und auf Truppenübungsplätzen ausgebildet wurden, sind in den volkseigenen Betrieben und in den SAC's aufgestellt worden. Die Ausbildung soll zusammen mit Einheiten der Roten Armee erfolgen. Die Bekleidung der Werkschutzleute besteht aus umgearbeiteten deutschen Wehrmachtuniformen.

Allgem. Ztg. vom 19. März 1949

Abschreibungen in der Ostzone. Die ostzonale Wirtschaftskommission hat Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe erlassen; darin sind die Abschreibungssätze für Anlagegüter einheitlich festgelegt worden. Die Bestimmungen gelten für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember 1948 oder später endet; für die volkseigenen Betriebe, welche am 1. Juli 1948 eine Eröffnungsbilanz aufgestellt haben, für die Zeit vom 1. Juli 1948 ab. Für die Berechnung der Abschreibungen ist der Anschaffungswert maßgebend. Die Sätze werden in schichtunabhängige und schichtabhängige Abschreibungssätze aufgeteilt. Bei Inanspruchnahme durch mehrere Schichten können bei schichtabhängigen Anlagegütern 25 v.H. bei zwei Schichten und 50 v.H. bei drei Schichten aufgeschlagen werden.

Wirtschafts-Ztg. vom 30. März 1949

Berliner FDP. Die Berliner FDP entwickelt eine starke Aktivität gegen die sozialistische Politik des Berliner Magistrats. In zahlreichen Versammlungen warnten sich ihre Sprecher gegen die Planwirtschaft und die Einkaufsmethoden der Magistratsvertretung in Westberlin. Die Berliner Wirtschaft werde planmäßig von allen Einkaufsmöglichkeiten in den Westzonen ausgeschaltet und die Magistratsvertreter ließen sich vielfach Waren andrehen, die im Westen nicht mehr abzusetzen seien. Wer den politischen Anschluß an Westdeutschland wolle, müsse auch für eine wirtschaftliche Angleichung sorgen. Auf der Insel Berlin dürfe nicht eine vorübergehende sozialistische Mehrheit dazu ausgenützt werden, um kurz vor Torschluß noch die Kräfte, die sich für die Freiheit des Menschen und der Wirtschaft einsetzen, zu vergewaltigen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 101

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Das Hydrawerk Berlin, einst die größte Spezialfabrik für elektrische Kondensatoren Deutschlands, mit einer Belegschaft von 1 500 Mann in Berlin und 100 Mann im ehemaligen Tochterbetrieb Freiberg (Sachsen), wurde restlos demontiert und das Freiburger Werk enteignet. Die in den Westsektoren von Berlin liegende Fabrik mit einer Belegschaft von 400 Mann hat sich einen Maschinenpark aufgebaut, der mit etwa 30 % an den Vorkriegsstand anknüpfen kann. Hergestellt werden Papier- und Elektrolytkondensatoren für die Starkstrom-, Fernmelde- und Rundfunktechnik, sowie Hochspannungskondensatoren.

Die Sapotex-, Pettchemie- und Fewawerke in Chemnitz stellen gegenwärtig in einer Behelfsanlage monatlich 80 - 100 t "Boemotan" her, einen von ihnen entwickelten Gerbstoff. Die Erweiterung auf monatlich 300 t ist vorgesehen. Gemäß dem Zweijahrplan sollen die sogenannten Werke und das Werk Wolfen je 1 000 t jährlich herstellen. Bisher mußten rund 2 000 t Gerbstoff jährlich in die Ostzone eingeführt werden. Der Gerbstoff Boemotan, der dem vom IG-Farbenkonzern entwickelten synthetischen Gerbstoff in mannigfacher Hinsicht überlegen sein soll, kann allein und in Verbindung mit Naturgerbstoffen verwendet werden. Er garantiert eine gute Gerbgeschwindigkeit, ein vorteilhaftes Gewichtsverhältnis zwischen Rohhaut und Leder und eine hohe Gerbintensität.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

Fortschreitende Remilitarisierung. Aus Kreisen der Ostzoneneisenbahn wird bekannt, daß von sowjetischer Seite in starkem Maße Eisenbahnzüge für Truppentransporte angefordert werden. Nach Aussagen deutscher Transportbegleiter handelt es sich um Militärtransporte in die Räume Neubrandenburg, Neustrelitz und Mecklenburg. In diesen Gebieten sollen die großen Frühjahrsmanöver abgehalten werden.

Im Zusammenhang damit sind die Nachrichten über die zunehmende Remilitarisierung der Ostzone bemerkenswert. Neben der bewaffneten und militärisch ausgebildeten Volkspolizei werden militärische Organisationen geschaffen, die der Besatzungsmacht und der SED im Konfliktfalle zur Verfügung stehen. Als Werkschutz getarnte Organisationen, die zum Teil bereits uniformiert und auf Truppenübungsplätzen ausgebildet wurden, sind in den volkseigenen Betrieben und in den SAC's aufgestellt worden. Die Ausbildung soll zusammen mit Einheiten der Roten Armee erfolgen. Die Bekleidung der Werkschutzleute besteht aus ungearbeiteten deutschen Wehrmachtuniformen.

Allgem. Ztg. vom 19. März 1949

Abschreibungen in der Ostzone. Die ostzonale Wirtschaftskommission hat Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe erlassen: darin sind die Abschreibungssätze für Anlagegüter einheitlich festgelegt worden. Die Bestimmungen gelten für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember 1948 oder später endet; für die volkseigenen Betriebe, welche am 1. Juli 1948 eine Eröffnungsbilanz aufgestellt haben, für die Zeit vom 1. Juli 1948 ab. Für die Berechnung der Abschreibungen ist der Anschaffungswert maßgebend. Die Sätze werden in schichtunabhängige und schichtabhängige Abschreibungssätze aufgeteilt. Bei Inanspruchnahme durch mehrere Schichten können bei schichtabhängigen Anlagegütern 25 v.H. bei zwei Schichten und 50 v.H. bei drei Schichten aufgeschlagen werden.

Wirtschafts-Ztg. vom 30. März 1949

Berliner FDP. Die Berliner FDP entwickelt eine starke Aktivität gegen die sozialistische Politik des Berliner Magistrats. In zahlreichen Versammlungen wandten sich ihre Sprecher gegen die Planwirtschaft und die Einkaufsmethoden der Magistratsvertretung in Westberlin. Die Berliner Wirtschaft werde planmäßig von allen Einkaufsmöglichkeiten in den Westzonen ausgeschaltet und die Magistratsvertreter ließen sich vielfach Waren andrehen, die im Westen nicht mehr abzusetzen seien. Wer den politischen Anschluß an Westdeutschland wolle, müsse auch für eine wirtschaftliche Angleichung sorgen. Auf der Insel Berlin dürfe nicht eine vorübergehende sozialistische Mehrheit dazu ausgenützt werden, um kurz vor Torschuß noch die Kräfte, die sich für die Freiheit des Menschen und der Wirtschaft einsetzen, zu vergewaltigen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 101

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Das Hydrawerk Berlin, einst die größte Spezialfabrik für elektrische Kondensatoren Deutschlands, mit einer Belegschaft von 1 500 Mann in Berlin und 100 Mann im ehemaligen Tochterbetrieb Freiberg (Sachsen), wurde restlos demontiert und das Freiburger Werk enteignet. Die in den Westsektoren von Berlin liegende Fabrik mit einer Belegschaft von 400 Mann hat sich einen Maschinenpark aufgebaut, der mit etwa 30 % an den Vorkriegsstand anknüpfen kann. Hergestellt werden Papier- und Elektrolytkondensatoren für die Starkstrom-, Fernmelde- und Rundfunktechnik, sowie Hochspannungskondensatoren.

Die Sapotex-, Fettchemie- und Fewawerke in Chemnitz stellen gegenwärtig in einer Behelfsanlage monatlich 80 - 100 t "Boemotan" her, einen von ihnen entwickelten Gerbstoff. Die Erweiterung auf monatlich 300 t ist vorgesehen. Gemäß dem Zweijahrplan sollen die sogenannten Werke und das Werk Wolfen je 1 000 t jährlich herstellen. Bisher mußten rund 2 000 t Gerbstoff jährlich in die Ostzone eingeführt werden. Der Gerbstoff Boemotan, der dem vom IG-Farbenkonzern entwickelten synthetischen Gerbstoff in mannigfacher Hinsicht überlegen sein soll, kann allein und in Verbindung mit Naturgerbstoffen verwendet werden. Er garantiert eine gute Gerbgeschwindigkeit, ein vorteilhaftes Gewichtsverhältnis zwischen Rohhaut und Leder und eine hohe Gerbintensität.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

Fortschreitende Remilitarisierung. Aus Reisen der Ostzoneneisenbahn wird bekannt, daß von sowjetischer Seite in starkem Maße Eisenbahnzüge für Truppentransporte angefordert werden. Nach Aussagen deutscher Transportbegleiter handelt es sich um Militärtransporte in die Räume Neubrandenburg, Neustrelitz und Mecklenburg. In diesen Gebieten sollen die großen Frühjahrsmanöver abgehalten werden.

Im Zusammenhang damit sind die Nachrichten über die zunehmende Remilitarisierung der Ostzone bemerkenswert. Neben der bewaffneten und militärisch ausgebildeten Volkspolizei werden militärische Organisationen geschaffen, die der Besatzungsmacht und der SED im Konfliktfalle zur Verfügung stehen. Als Werkschutz getarnte Organisationen, die zum Teil bereits uniformiert und auf Truppenübungsplätzen ausgebildet wurden, sind in den volkseigenen Betrieben und in den SAC's aufgestellt worden. Die Ausbildung soll zusammen mit Einheiten der Roten Armee erfolgen. Die Bekleidung der Werkschutzleute besteht aus umgearbeiteten deutschen Wehrmachtuniformen.

Allgem. Ztg. vom 19. März 1949

Abschreibungen in der Ostzone. Die ostzonale Wirtschaftskommission hat Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe erlassen: darin sind die Abschreibungssätze für Anlagegüter einheitlich festgelegt worden. Die Bestimmungen gelten für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember 1948 oder später endet; für die volkseigenen Betriebe, welche am 1. Juli 1948 eine Eröffnungsbilanz aufgestellt haben, für die Zeit vom 1. Juli 1948 ab. Für die Berechnung der Abschreibungen ist der Anschaffungswert maßgebend. Die Sätze werden in schichtunabhängige und schichtabhängige Abschreibungssätze aufgeteilt. Bei Inanspruchnahme durch mehrere Schichten können bei schichtabhängigen Anlagegütern 25 v.H. bei zwei Schichten und 50 v.H. bei drei Schichten aufgeschlagen werden.

Wirtschafts-Ztg. vom 30. März 1949

Berliner FDP. Die Berliner FDP entwickelt eine starke Aktivität gegen die sozialistische Politik des Berliner Magistrats. In zahlreichen Versammlungen wandten sich ihre Sprecher gegen die Planwirtschaft und die Einkaufsmethoden der Magistratsvertretung in Westberlin. Die Berliner Wirtschaft werde planmäßig von allen Einkaufsmöglichkeiten in den Westzonen ausgeschaltet und die Magistratsvertreter ließen sich vielfach Waren andrehen, die im Westen nicht mehr abzusetzen seien. Wer den politischen Anschluß an Westdeutschland wolle, müsse auch für eine wirtschaftliche Angleichung sorgen. Auf der Insel Berlin dürfe nicht eine vorübergehende sozialistische Mehrheit dazu ausgenützt werden, um kurz vor Torschuß noch die Kräfte, die sich für die Freiheit des Menschen und der Wirtschaft einsetzen, zu vergewaltigen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 101

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Das Hydrawerk Berlin, einst die größte Spezialfabrik für elektrische Kondensatoren Deutschlands, mit einer Belegschaft von 1 500 Mann in Berlin und 100 Mann im ehemaligen Tochterbetrieb Freiberg (Sachsen), wurde restlos demontiert und das Freiburger Werk enteignet. Die in den Westsektoren von Berlin liegende Fabrik mit einer Belegschaft von 400 Mann hat sich einen Maschinenpark aufgebaut, der mit etwa 30 % an den Vorkriegsstand anknüpfen kann. Hergestellt werden Papier- und Elektrolytkondensatoren für die Starkstrom-, Fernmelde- und Rundfunktechnik, sowie Hochspannungskondensatoren.

Die Sapotex-, Fettchemie- und Fawawerke in Chemnitz stellen gegenwärtig in einer Behelfsanlage monatlich 80 - 100 t "Boemotan" her, einen von ihnen entwickelten Gerbstoff. Die Erweiterung auf monatlich 300 t ist vorgesehen. Gemäß dem Zweijahrplan sollen die sogenannten Werke und das Werk Wolfen je 1 000 t jährlich herstellen. Bisher mußten rund 2 000 t Gerbstoff jährlich in die Ostzone eingeführt werden. Der Gerbstoff Boemotan, der dem vom IG-Parbenkonzern entwickelten synthetischen Gerbstoff in mannigfacher Hinsicht überlegen sein soll, kann allein und in Verbindung mit Naturgerbstoffen verwendet werden. Er garantiert eine gute Gerbgeschwindigkeit, ein vorteilhaftes Gewichtsverhältnis zwischen Rohhaut und Leder und eine hohe Gerbintensität.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

Fortschreitende Remilitarisierung. Aus Reisen der Ostzoneneisenbahn wird bekannt, daß von sowjetischer Seite in starkem Maße Eisenbahnzüge für Truppentransporte angefordert werden. Nach Aussagen deutscher Transportbegleiter handelt es sich um Militärtransporte in die Räume Neubrandenburg, Neustrelitz und Mecklenburg. In diesen Gebieten sollen die großen Frühjahrsmanöver abgehalten werden. Im Zusammenhang damit sind die Nachrichten über die zunehmende Remilitarisierung der Ostzone bemerkenswert. Neben der bewaffneten und militärisch ausgebildeten Volkspolizei werden militärische Organisationen geschaffen, die der Besatzungsmacht und der SED im Konfliktfalle zur Verfügung stehen. Als Werkschutz getarnte Organisationen, die zum Teil bereits uniformiert und auf Truppenübungsplätzen ausgebildet wurden, sind in den volkseigenen Betrieben und in den SAC's aufgestellt worden. Die Ausbildung soll zusammen mit Einheiten der Roten Armee erfolgen. Die Bekleidung der Werkschutzleute besteht aus umgearbeiteten deutschen Wehrmachtuniformen.

Allgem. Ztg. vom 19. März 1949

Abschreibungen in der Ostzone. Die ostzonale Wirtschaftskommission hat Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe erlassen: darin sind die Abschreibungssätze für Anlagegüter einheitlich festgelegt worden. Die Bestimmungen gelten für das Geschäftsjahr, das am 31. Dezember 1948 oder später endet; für die volkseigenen Betriebe, welche am 1. Juli 1948 eine Eröffnungsbilanz aufgestellt haben, für die Zeit vom 1. Juli 1948 ab. Für die Berechnung der Abschreibungen ist der Anschaffungswert maßgebend. Die Sätze werden in schichtunabhängige und schichtabhängige Abschreibungssätze aufgeteilt. Bei Inanspruchnahme durch mehrere Schichten können bei schichtabhängigen Anlagegütern 25 v.H. bei zwei Schichten und 50 v.H. bei drei Schichten aufgeschlagen werden.

Wirtschafts-Ztg. vom 30. März 1949

Berliner FDP. Die Berliner FDP entwickelt eine starke Aktivität gegen die sozialistische Politik des Berliner Magistrats. In zahlreichen Versammlungen wandten sich ihre Sprecher gegen die Planwirtschaft und die Einkaufsmethoden der Magistratsvertretung in Westberlin. Die Berliner Wirtschaft werde planmäßig von allen Einkaufsmöglichkeiten in den Westzonen ausgeschaltet und die Magistratsvertreter ließen sich vielfach Waren andrehen, die im Westen nicht mehr abzusetzen seien. Wer den politischen Anschluß an Westdeutschland wolle, müsse auch für eine wirtschaftliche Angleichung sorgen. Auf der Insel Berlin dürfe nicht eine vorübergehende sozialistische Mehrheit dazu ausgenützt werden, um kurz vor Torschuß noch die Kräfte, die sich für die Freiheit des Menschen und der Wirtschaft einsetzen, zu vergewaltigen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 102

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Neubau des Senders Berlin. Der Neubau der Sendeanlagen in Königswusterhausen ist jetzt so weit fortgeschritten, daß mit der offiziellen Einweihung am 2. April gerechnet wird. Probesendungen laufen bereits. Der Sender Königswusterhausen ist als Ersatz für die in Tegel gesprengten Sendetürme erbaut worden.

Neue Volks-Ztg. vom 28. März 49

Gautinger Kreis. Maßgebende Mitglieder der bayerischen CSU haben den sogenannten Gautinger Kreis gegründet, der sich zur Aufgabe macht, auf der kommenden Landesversammlung der CSU die Neuwahl des Landesvorsitzenden so zu beeinflussen, daß künftig alle persönlichen Streitigkeiten in der CSU einer sachlichen Parteilinie Platz machen sollen. Die CSU soll zu einem wirksamen Faktor bei der Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not des Volkes werden und sich vom politischen Geschäftsgebahren einer Partei alten Stiles entfernen. Als alleiniges Programm der Partei sollen jene Gesichtspunkte wieder gelten, die zur Gründung der Union geführt haben. Über die personelle Zusammensetzung des Gautinger Kreises ist bis jetzt nichts Genaues bekannt geworden. Es dürfte sich dabei um Personen handeln, die zwischen den beiden Extremen Dr. Müller und Dr. Hundhammer die Mitte halten.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Nauheimer Kreis. Der Kreisausschuß für "Einheit und gerechten Frieden" in Dresden hat den "Nauheimer Kreis" gebeten, einen prominenten Vertreter zu einer öffentlichen Aussprache nach Dresden zu entsenden.

Süddt. Ztg. vom 29. März 49

Finanzamt für volkseigene Betriebe. Auf Befehl der SMA wird in Berlin ein "Zentralfinanzamt" errichtet, das nur für volkseigene Betriebe zuständig ist. Durch Gründung dieses Institutes wird das Finanzgebahren der Hauptindustrie der Ostzone der Öffentlichkeit entzogen.

Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Grenzveränderungen. In den Erklärungen führender Berliner Politiker zu den Grenzveränderungen im Westen kommt übereinstimmend eine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck. Jakob KAISER erklärte, eine Abtrennung von deutschem Gebiet - auch wenn sie als Grenzerleichterungen firmiert werde - könne nur als böses Beispiel für den Osten wirken.

Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Pessimistische Wirtschaftsprognose für die Ostzone. Ein wirtschaftlicher Aufstieg auf breiter Basis ist für die Ostzone nur durch einen Abbau der Besatzungslasten und der Reparationen aus der laufenden Produktion möglich, schreibt das "deutsche Institut für Wirtschaftsforschung", Berlin. Es könne möglich sein, durch den Zweijahresplan Teilerfolge auf diesem oder jenem engbegrenzten wirtschaftlichen Gebiet zu erzielen, aber stets auf Kosten anderer Bereiche, da die Mittel zur Hebung des gesamten Produktionsniveaus fehlten oder durch die zu hohen materiellen Ansprüche der Besatzungsmacht absorbiert würden. Das 1947 in der Ostzone erzeugte Sozialprodukt habe nicht einmal ausgereicht, um neben der Sicherung des volkswirtschaftlichen Existenzminimums und der Befriedigung des dringendsten öffentlichen Bedarfs, die Ansprüche der Besatzungsmacht in Höhe von 26 % des Sozialproduktes zu decken. Diese Lage habe sich auch 1948 wenig geändert.

WFZ vom 25. März 1949

Die Konstruktion eines Automaten zur Herstellung von Milos-Haken zur Verbindung von Laufbändern in den Bergwerkschächten ermöglicht es, die Leistung um 600 % zu steigern. Die Produktion, die Mitte März anlauen soll, wird einen täglichen Ausstoß von 25 000 Stück aufweisen, wodurch die gesamten Bergbau-Betriebe der Ostzone beliefert werden können

Neues Deutschd. vom 13. März 1949

Die "volkseigenen Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke", die jährlich bis zu 24 000 t Stahlbeton herstellen können, sind zur Zeit nur zu einem Drittel ausgelastet. Es werden etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Für das Jahr 1949 erhielt der Betrieb eine Auflage über 12 000 t Stahlbetonfertigteile, was einer 50 %igen Kapazitätsausnutzung entspricht.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

No. 102

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Neubau des Senders Berlin. Der Neubau der Sendeanlagen in Königswusterhausen ist jetzt so weit fortgeschritten, daß mit der offiziellen Einweihung am 2. April gerechnet wird. Probesendungen laufen bereits. Der Sender Königswusterhausen ist als Ersatz für die in Tegel gesprengten Sendetürme erbaut worden.
Neue Volks-Ztg. vom 28. März 49

Gautinger Kreis. Maßgebende Mitglieder der bayerischen CSU haben den sogenannten Gautinger Kreis gegründet, der sich zur Aufgabe macht, auf der kommenden Landesversammlung der CSU die Neuwahl des Landesvorsitzenden so zu beeinflussen, daß künftig alle persönlichen Streitigkeiten in der CSU einer sachlichen Parteilarbeit Platz machen sollen. Die CSU soll zu einem wirksamen Faktor bei der Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not des Volkes werden und sich vom politischen Geschäftsgebahren einer Partei alten Stiles entfernen. Als alleiniges Programm der Partei sollen jene Gesichtspunkte wieder gelten, die zur Gründung der Union geführt haben. Über die personelle Zusammensetzung des Gautinger Kreises ist bis jetzt nichts Genaues bekannt geworden. Es dürfte sich dabei um Personen handeln, die zwischen den beiden Extremen Dr. Müller und Dr. Fundhammer die Mitte halten.
Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Nauheimer Kreis. Der Kreisausschuß für "Einheit und gerechten Frieden" in Dresden hat den "Nauheimer Kreis" gebeten, einen prominenten Vertreter zu einer öffentlichen Aussprache nach Dresden zu entsenden.
Süddt. Ztg. vom 29. März 49

Finanzamt für volkseigene Betriebe. Auf Befehl der SMA wird in Berlin ein "Zentralfinanzamt" errichtet, das nur für volkseigene Betriebe zuständig ist. Durch Gründung dieses Institutes wird das Finanzgebahren der Hauptindustrie der Ostzone der Öffentlichkeit entzogen.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Grenzveränderungen. In den Erklärungen führender Berliner Politiker zu den Grenzveränderungen im Westen kommt übereinstimmend eine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck. Jakob KAISER erklärte, eine Abtrennung von deutschem Gebiet - auch wenn sie als Grenzberichtigungen firmiert werde - könne nur als böses Beispiel für den Osten wirken.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Pessimistische Wirtschaftsprognose für die Ostzone. Ein wirtschaftlicher Aufstieg auf breiter Basis ist für die Ostzone nur durch einen Abbau der Besatzungslasten und der Reparationen aus der laufenden Produktion möglich, schreibt das "deutsche Institut für Wirtschaftsforschung", Berlin. Es könne möglich sein, durch den Zweijahresplan Teilerfolge auf diesem oder jenem engbegrenzten wirtschaftlichen Gebiet zu erzielen, aber stets auf Kosten anderer Bereiche, da die Mittel zur Hebung des gesamten Produktionsniveaus fehlten oder durch die zu hohen materiellen Ansprüche der Besatzungsmacht absorbiert würden. Das 1947 in der Ostzone erzeugte Sozialprodukt habe nicht einmal ausgereicht, um neben der Sicherung des volkswirtschaftlichen Existenzminimums und der Befriedigung des dringendsten öffentlichen Bedarfs, die Ansprüche der Besatzungsmacht in Höhe von 26 % des Sozialproduktes zu decken. Diese Lage habe sich auch 1948 wenig geändert.
WFZ vom 25. März 1949

Die Konstruktion eines Automaten zur Herstellung von Milos-Haken zur Verbindung von Laufbändern in den Bergwerkschächten ermöglicht es, die Leistung um 600 % zu steigern. Die Produktion, die Mitte März anlaufen soll, wird einen täglichen Ausstoß von 25 000 Stück aufweisen, wodurch die gesamten Bergbau-Betriebe der Ostzone beliefert werden können
Neues Deutschld. vom 13. März 1949

Die "volkseigenen Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke", die jährlich bis zu 24 000 t Stahlbeton herstellen können, sind zur Zeit nur zu einem Drittel ausgelastet. Es werden etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Für das Jahr 1949 erhielt der Betrieb eine Auflage über 12 000 t Stahlbetonfertigteile, was einer 50 fügen Kapazitätsausnutzung entspricht.
Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

No. 102

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Neubau des Senders Berlin. Der Neubau der Sendeanlagen in Königswusterhausen ist jetzt so weit fortgeschritten, daß mit der offiziellen Einweihung am 2. April gerechnet wird. Probesendungen laufen bereits. Der Sender Königswusterhausen ist als Ersatz für die in Tegel gesprengten Sendetürme erbaut worden.
Neue Volks-Ztg. vom 28. März 49

Programm

Gautinger Kreis. Maßgebende Mitglieder der bayerischen CSU haben den sogenannten Gautinger Kreis gegründet, der sich zur Aufgabe macht, auf der kommenden Landesversammlung der CSU die Neuwahl des Landesvorsitzenden so zu beeinflussen, daß künftig alle persönlichen Streitigkeiten in der CSU einer sachlichen Parteilarbeit Platz machen sollen. Die CSU soll zu einem wirksamen Faktor bei der Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not des Volkes werden und sich vom politischen Geschäftsgebahren einer Partei alten Stiles entfernen. Als alleiniges der Partei sollen jene Gesichtspunkte wieder gelten, die zur Gründung der Union geführt haben. Über die personelle Zusammensetzung des Gautinger Kreises ist bis jetzt nichts Genaues bekannt geworden. Es dürfte sich dabei um Personen handeln, die zwischen den beiden Extremen Dr. Müller und Dr. Fundhammer die Mitte halten.
Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Nauheimer Kreis. Der Kreisausschuß für "Einheit und gerechten Frieden" in Dresden hat den "Nauheimer Kreis" gebeten, einen prominenten Vertreter zu einer öffentlichen Aussprache nach Dresden zu entsenden.
Süddt. Ztg. vom 29. März 49

Finanzamt für volkseigene Betriebe. Auf Befehl der SMA wird in Berlin ein "Zentralfinanzamt" errichtet, das nur für volkseigene Betriebe zuständig ist. Durch Gründung dieses Institutes wird das Finanzgebahren der Hauptindustrie der Ostzone der Öffentlichkeit entzogen.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Grenzveränderungen. In den Erklärungen führender Berliner Politiker zu den Grenzveränderungen im Westen kommt übereinstimmend eine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck. Jakob KAISER erklärte, eine Abtrennung von deutschem Gebiet - auch wenn sie als Grenzberichtigungen firmiert werde - könne nur als böses Beispiel für den Osten wirken.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Pessimistische Wirtschaftsprognose für die Ostzone. Ein wirtschaftlicher Aufstieg auf breiter Basis ist für die Ostzone nur durch einen Abbau der Besatzungslasten und der Reparationen aus der laufenden Produktion möglich, schreibt das "deutsche Institut für Wirtschaftsforschung", Berlin. Es könne möglich sein, durch den Zweijahresplan Teilerfolge auf diesem oder jenem engbegrenzten wirtschaftlichen Gebiet zu erzielen, aber stets auf Kosten anderer Bereiche, da die Mittel zur Hebung des gesamten Produktionsniveaus fehlten oder durch die zu hohen materiellen Ansprüche der Besatzungsmacht absorbiert würden. Das 1947 in der Ostzone erzeugte Sozialprodukt habe nicht einmal ausgereicht, um neben der Sicherung des volkswirtschaftlichen Existenzminimums und der Befriedigung des dringendsten öffentlichen Bedarfs, die Ansprüche der Besatzungsmacht in Höhe von 26 % des Sozialproduktes zu decken. Diese Lage habe sich auch 1948 wenig geändert.
WFZ vom 25. März 1949

Die Konstruktion eines Automaten zur Herstellung von Milos-Haken zur Verbindung von Laufbändern in den Bergwerkschächten ermöglicht es, die Leistung um 600 % zu steigern. Die Produktion, die Mitte März anlaufen soll, wird einen täglichen Ausstoß von 25 000 Stück aufweisen, wodurch die gesamten Bergbau-Betriebe der Ostzone beliefert werden können
Neues Deutschld. vom 13. März 1949

Die "volkseigenen Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke", die jährlich bis zu 24 000 t Stahlbeton herstellen können, sind zur Zeit nur zu einem Drittel ausgelastet. Es werden etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Für das Jahr 1949 erhielt der Betrieb eine Auflage über 12 000 t Stahlbetonfertigteile, was einer 50 %igen Kapazitätsausnutzung entspricht.

Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949

No. 102

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Neubau des Senders Berlin. Der Neubau der Sendeanlagen in Königswusterhausen ist jetzt so weit fortgeschritten, daß mit der offiziellen Einweihung am 2. April gerechnet wird. Probesendungen laufen bereits. Der Sender Königswusterhausen ist als Ersatz für die in Tegel gesprengten Sendetürme erbaut worden.
Neue Volks-Ztg. vom 28. März 49

Gautinger Kreis. Maßgebende Mitglieder der bayerischen CSU haben den sogenannten Gautinger Kreis gegründet, der sich zur Aufgabe macht, auf der kommenden Landesversammlung der CSU die Neuwahl des Landesvorsitzenden so zu beeinflussen, daß künftig alle persönlichen Streitigkeiten in der CSU einer sachlichen Parteilarbeit Platz machen sollen. Die CSU soll zu einem wirksamen Faktor bei der Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Not des Volkes werden und sich vom politischen Geschäftsgebahren einer Partei alten Stiles entfernen. Als alleiniges Programm der Partei sollen jene Gesichtspunkte wieder gelten, die zur Gründung der Union geführt haben. Über die personelle Zusammensetzung des Gautinger Kreises ist bis jetzt nichts Genaues bekannt geworden. Es dürfte sich dabei um Personen handeln, die zwischen den beiden Extremen Dr. Müller und Dr. Hundhammer die Mitte halten.
Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Nauheimer Kreis. Der Kreisausschuß für "Einheit und gerechten Frieden" in Dresden hat den "Nauheimer Kreis" gebeten, einen prominenten Vertreter zu einer öffentlichen Aussprache nach Dresden zu entsenden.
Süddt. Ztg. vom 29. März 49

Finanzamt für volkseigene Betriebe. Auf Befehl der SMA wird in Berlin ein "Zentralfinanzamt" errichtet, das nur für volkseigene Betriebe zuständig ist. Durch Gründung dieses Institutes wird das Finanzgebahren der Hauptindustrie der Ostzone der Öffentlichkeit entzogen.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Grenzveränderungen. In den Erklärungen führender Berliner Politiker zu den Grenzveränderungen im Westen kommt übereinstimmend eine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck. Jakob KAISER erklärte, eine Abtrennung von deutschem Gebiet - auch wenn sie als Grenzberichtigungen firmiert werde - könne nur als böses Beispiel für den Osten wirken.
Allgem. Ztg. vom 29. März 1949

Pessimistische Wirtschaftsprognose für die Ostzone. Ein wirtschaftlicher Aufstieg auf breiter Basis ist für die Ostzone nur durch einen Abbau der Besatzungslasten und der Reparationen aus der laufenden Produktion möglich, schreibt das "deutsche Institut für Wirtschaftsforschung", Berlin. Es könne möglich sein, durch den Zweijahresplan Teilerfolge auf diesem oder jenem engbegrenzten wirtschaftlichen Gebiet zu erzielen, aber stets auf Kosten anderer Bereiche, da die Mittel zur Hebung des gesamten Produktionsniveaus fehlten oder durch die zu hohen materiellen Ansprüche der Besatzungsmacht absorbiert würden. Das 1947 in der Ostzone erzeugte Sozialprodukt habe nicht einmal ausgereicht, um neben der Sicherung des volkswirtschaftlichen Existenzminimums und der Befriedigung des dringendsten öffentlichen Bedarfs, die Ansprüche der Besatzungsmacht in Höhe von 26 % des Sozialproduktes zu decken. Diese Lage habe sich auch 1948 wenig geändert.
WFZ vom 25. März 1949

Die Konstruktion eines Automaten zur Herstellung von Milos-Haken zur Verbindung von Laufbändern in den Bergwerkschächten ermöglicht es, die Leistung um 600 % zu steigern. Die Produktion, die Mitte März anlaufen soll, wird einen täglichen Ausstoß von 25 000 Stück aufweisen, wodurch die gesamten Bergbau-Betriebe der Ostzone beliefert werden können.
Neues Deutschld. vom 13. März 1949

Die "volkseigenen Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke", die jährlich bis zu 24 000 t Stahlbeton herstellen können, sind zur Zeit nur zu einem Drittel ausgelastet. Es werden etwa 300 Arbeiter beschäftigt. Für das Jahr 1949 erhielt der Betrieb eine Auflage über 12 000 t Stahlbetonfertigteile, was einer 50 %igen Kapazitätsausnutzung entspricht.
Wirtschaftsrevue vom 25. März 1949